

21. 3. 1929

Stadt
Bücherei

Jahrgang IX Nr. 6

2. Märzheft 1929

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatsdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Friedrich Ehrling, Die Deutschen, ein Hundert-Millionen-
volk; Kurt Tegeth, Die europäische Nationalitätenfrage; Bundesratminister
Erich Koch-Weser, Weltweiterdacht; Fritz Fernow, M. b. H. Kaufkraft und
Konjunktur; Prof. Dr. Paul Kirchberger, Albert Einstein; Oberpostinspektor
Dr. Werner Pfeiffer, Zum deutschen Schicksal; Ministerialrat Dr. Hermann
Kehfelde, Neubewertung der Reichsförderung; Stephan, Mißverhältnis in Slowenien.

In Kommission:
Zentralverlag
G. m. b. H., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,- Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Die Deutschen, ein Hundert-Millionen-Volk.

Von Dipl. oec. Friedrich Ebeling.

Zahl der Deutschen in der Welt (in 000):

Nur wenige Völker leiden unter dem tragischen Geschick, seit dem dritten Teil ihrer Volksgenossen außerhalb der Grenzen des Mutterlandes zu wohnen. Neben Ungarn, Litauen und Polen stellt das Deutsche ein hartes Kontingent der europäischen nationalen Minderheiten, die sich im Osten und Südosten Europas auf fast alle Staaten verteilen, während die Sprachengrenze im Westen Europas verhältnismäßig scharf verläuft. Deutsche Minderheiten verläßt der Reichsgrenzen sind erst durch den Versailles-Kriegsentscheid entstanden und finden sich allein in Elbisch-Lothringen und Belgien. Durch dieses, dem proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechende Diktat wurden insgesamt 3,6 Millionen Deutsche vom Mutterlande abgetrennt, und zwar

Abgetrennt an	qkm	Gesamtbevölkerung	Darvon deutscher Mutterprache Gesamt	v. H.
Polen	46 142	5 835 000	1 430 046	24,5
Frankreich	14 822	1 874 000	1 637 655	87,4
Dänemark	3 995	166 000	40 904	24,6
Estland	2 657	141 000	75 809	53,8
Freie Stadt Danzig	1 914	351 000	318 276	90,7
Finnland	1 036	60 000	40 661	67,8
Tschechoslowakei	516	48 000	7 173	14,9
	70 579	6 474 000	3 558 025	54,9

Die Zahlen, die der Mutterprachenzustand für 1910 entnommen sind, bedürfen jedoch einer grundlegenden Korrektur. Trotz der Fremdsprachigkeit in weiten Schichten das deutsche Gemeindegutgefühl in in Fleisch und Blut übergegangen, daß auch große Teile der Litauern, Polen, Wenden, Dänen, Estländer usw. als Deutsche anzusprechen sind. Ein Beweis dafür sind die bekannten glänzenden Abstammungsergebnisse und die Zahl der Stimmen, die in der abgetrennten Gebieten bei politischen Wahlen für deutsche Listen abgegeben worden sind. Andererseits hat die Zahl der Deutschen vornehmlich in den an Polen getrennten Gebieten durch freiwillige und mehr noch durch erzwungene Abwanderung eine Minderung erfahren.

Nächst dem Deutschen Reich hat das ehemalige Österreich-Ungarn durch den Zerfall der Doppelmonarchie die größte Einbuße an Deutschen erlitten. Im Jahre 1910 wurden in Österreich 9 951 000 Deutsche — 55,6 v. H. und in Ungarn 2 057 000 — 9,8 v. H. der Gesamtbevölkerung ermittelt. Von diesen verblieben 6 005 362 im Staatsverband der Republik Österreich, der Rest verteilt sich auf fünf verschiedene Staaten, nämlich Tschechoslowakei: 3 218 000, Ungarn 551 200, Jugoslawien 508 100, Rumänien 534 400 und endlich Italien 232 000. Die Differenz zwischen der Gesamtzahl Österreich-Ungarns und der Nachfolgestaaten erklärt sich aus der inwärtigen vorgegangenen Entvölkerung, vor allem aber aus der nicht einwandfreien Statistik der betreffenden Länder. Südslowenien, bzw. das alte Serbien, und Rumänien beherbergen schon vor dem Kriege deutsche Minderheiten, und zwar Serbien 550 000 und Rumänien einschließlich der Dobruja 29 400. Auch in Ost-Italien wurden deutsche Mehr- und Minderheitsgemeinden festgestellt. Dem so lebten schon vor dem Kriege in Konstantinopel und den an Polen getrennten russischen Gebieten 720 000 Deutsche. In Rußland selbst wurden bei der letzten Volkszählung 1 000 000 Deutsche ermittelt, die zum Teil in geschlossenen Siedlungsgebieten leben, während in Estland (ohne Niemelgebiet) etwa 30 000, in Lettland 71 000 und in Estland 19 000 Deutsche gezählt wurden. Dazu kommen in der Schweiz 2 751 000, in Luxemburg 243 000 und in Niederlande 12 000, ferner in anderen europäischen Staaten (zumeist Reichsdeutsche) 119 000 Deutsche.

	Amtliche Zählung		Wissenschaftliche Schätzung 1925		Im Durchschn. v. d. Bevölkerung
	von	Zahl	bedichte	nichtbedichte	
Deutsches Reich	1925	43 225,0	—	—	—
Österreich	1923	6 005,6	6 300	6 100	94,9
Tschechoslowakei	1921	3 218,9	3 500	3 550	25,2
Schweiz, Engenburger	1920/1922	3 022,1	3 131	2 941	73,9
Frankreich	1921	1 654,3	1 900	1 500	4,5
Polen	1921	1 058,9	1 500	1 100	4,9
Rußland	1920	910,6	1 300	1 000	1,5
Rumänien	1920	715,9	1 040	750	5,8
Ungarn	1920	551,2	600	550	7,0
Südslowenien	1921	515,5	800	530	1,5
Danzig	1923	348,5	360	340	95,4
Italien	1921	195,6	300	225	0,6
Baltischen Länder (einschl. Litauen)	1923/1925	190,3	241	125	5,6
Belgien	1920	98,5	150	120	1,8
Dänemark	1921	40,2	80	41	1,9
Anderes	1920/1923	69,9	254	88	—
Europa		81 795,9	84 456	81 258	17,5
Amerika	1921	8 571,1 ¹⁾	15 568	9 069	—
Asien	1920	145,8 ²⁾	200	121	—
Afrika		—	70	58	—
Australien		—	161	128	—
Erde		90 510,8	100 455	90 634	5,1

¹⁾ USA und Kanada. ²⁾ Afrikanische Rußland. ³⁾ einschl. Französisch, Fremdenlegion.

In den außereuropäischen Ländern sind naturgemäß Sprachenzustände sehr selten. Nur für das afrikanische Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada liegen amtliche Zahlen über die bei den Volkszählungen ermittelten Deutschen vor. Im übrigen ist die Wissenschaft auf Schätzungen angewiesen, für die die deutsche Auswanderungsstatistik und die Mitteilungen privater deutscher Vereinigungen eine brauchbare Grundlage bieten. Nach den genannten Übergeleiten leben die meisten Deutschen in Brasilien (600 000), in Argentinien (150 000), Chile (30 000), in der Südafrikanischen Union (30 bis 60 000), in Queensland (36 000), Südaustralien (44 000), und schließlich müssen auch die Deutschen in der französischen Fremdenlegion leider auf wenigstens 30 000 angenommen werden.

Allein die Zahl der amtlich festgestellten Deutschen in der Welt bezieht sich auf 90 211 000, die höchste Schätzung für 1925 auf über 100 Millionen. Nimmt man von beiden Zahlen das Mittel und setzt den Geburtenüberschuß mit 7 v. T. an, so dürfte das deutsche Volk Ende dieses Jahres die fast halbe Zahl von 97 Millionen überschreiten. Damit ist es mit 17,5 v. H. der europäischen Bevölkerung das größte Volk Europas und wird in der Welt nur noch von Chinesen, Indiern und Russen übertroffen. Die deutsche Regierung bringt ebenso wie die Allgemeinheit heute dem Auslandsdeutschtum größeres Interesse entgegen und ist bemüht, es fester mit dem Mutterlande zu verbinden, als es leider vor dem Kriege der Fall war. Daher ist zu hoffen, daß die Deutschen in Zukunft nicht nur Kulturbündner für fremde Völker sind, sondern daß sich der Einfluß eines hundertmillionen 100-Millionen-Volkes gegenwärtig für die deutsche Heimat und das deutsche Volk auswirken wird.

Der europäische Nationalitätentag.

Von Kurt Timpler.

Die Aufgabe, daß die Notlage der meisten europäischen Minderheiten, wenn sie auch in ihren Abstützungen verschieden ist, dennoch auf die gleiche Ursache, das System der Mehrheits Herrschaft, zurückzuführen ist, mußte notwendigerweise bei allen nationalen Minderheiten Europas einen guten Boden für den Gedanken schaffen, sich untereinander zu verständigen, sich auf eine einheitliche Zielsetzung zu einigen und den Kampf um die große prinzipielle Fragestellung Europas zusammenzuführen.

Diese notwendige Zwangseinheit der europäischen Minderheiten allein konnte jedoch nicht für die Zusammenarbeit ausgenutzt werden, bevor eine Führerschaft für diese Bewegung geschaffen war. Erst nachdem sich eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten zusammengefunden hatten, war die Möglichkeit des Zusammenstehens gegeben.

Unter den deutschen Minderheiten und auch unter den Minderheiten anderer Nationalität hatte bereits etwa am das Jahr 1922 eine Zählungnahme über ein gemeinsames Vorgehen stattgefunden. Im Jahr 1924 wurde dieser Gedanke der Gemeinsamkeit durch die Initiative des Deutschbalten Dr. Ewald Ammende auf eine Zusammenarbeit aller europäischen Minderheiten ausgedehnt. Er regte an, zur Feststellung der allen Minderheiten gemeinsamen Forderungen einen Kongress der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas einzuberufen. Die von ihm im Frühjahr 1925 verfasste Denkschrift „Gründe, Richtlinien und Programm für eine Tagung der Vertreter aller organisierten nationalen Gruppen in Europa“ ist dann auch in der Folge zur Grundlage der ersten europäischen Nationalitätentagung vom 14.—16. Oktober 1925 in Genf geworden.

Solche Kongresse haben inzwischen bereits drei stattgefunden. Der erste tagte 1925 in Genf. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Lagungen wird durch einen vom Kongreß erwählten Ausschuß, sowie durch die ständige Geschäftsstelle, deren Leiter der Generalsekretär ist, aufrechterhalten. Somit ist heute eine Organisation der europäischen Minderheiten geschaffen, die die überlebende Mehrzahl der europäischen Minderheitengruppen umfaßt.

Die Gesamtzahl der im Kongreß durch ihre berufenen Repräsentanten mehr oder weniger vertretenen Minderheitenangehörigen beträgt heute etwa 40 Millionen.

Es war für die europäischen Nationalitätenkongresse ein ungewöhnliches Glück, daß sich sowohl in ihrer Vollversammlung, wie auch in ihrem Präsidium eine Anzahl führender Männer zusammengesunden hat, die, im Feld des Nationalitätenkampfes gereift und erfahren, mit geradezu prophetischem Weitblick an der Gestaltung der Schicksale ihrer Völker arbeiten.

Besonders genannt sei als bahnbrechender Führer der Bewegung der Präsident des Nationalitätenkongresses Dr. Josip Wilsan, der Vertreter der slowenischen Minderheit im italienischen Parlament. In ihm hat die europäische Nationalitätenbewegung einen ausgezeichneten Führer von reinem und lauterem Willen, ungewöhnlicher Selbstlosigkeit und höchster Befähigung gefunden, der bei allen Minderheiten gleich große Verehrung, bei den Gegnern angelegte Achtung genießt. Dem Präsidenten steht als einziger vom Kongreß bestimmter Funktionär, der Generalsekretär Dr. Ewald Immenhede, zur Seite, in dessen Händen sich die schwierige Aufgabe der Vorkarbeit zu den Kongressen, sowie der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen allen am Kongreß beteiligten Gruppen befindet.

Unter den Führern der deutschen Gruppen ragen besonders hervor Dr. Schiemann, der bekannte Führer der Deutschen in Estland und zugleich deutscher Vertreter im Konkreßpräsidium, Dr. Werner Haselblatt, der Schöpfer der estländischen deutschen Kulturautonomie, Abg. Dr. Brandts, der Führer der Siebenbürger Sachsen, Kandidat a. D. Dr. Naumann, der die Deutschen in Polen vertritt und insbesondere, ebenso wie Dr. Schiemann, Dr. Schmidt-Wobder und Dr. Brandts, wesentliche Verdienste um die Gestaltung der Idee der Volksgemeinschaft hat. Die jüdischen Gruppen verfügen in Dr. Leo Moskin und Dr. Margulies und dem Abgeordneten Robinson über hervorragende Vertreter. Die ungarischen Gruppen stellen neben Dr. Gerg a. Szilárd vor allem im Disziplinären der ungarischen Partei Rumänien und Leiter ihrer Minderheitengleichheit Dr. s. Jakabitsch einen ausgezeichneten Mann. Ebenso wie auch die Mitarbeit der heiden katalanischen Vertreter Prof. Maspons Angellol und Direktor Eixelid überaus wertvolle neue politische Gesichtspunkte ergab. Von den Russen sei der Dorpatr Universitätsprofessor Alb. Kurtschik und von den Ukrainern der Führer der Ukrainer im polnischen Sejm, Abg. Dr. Kewirzy, und von den Tschechen Parteiführer Strnad genannt. Es würde zu weit führen, alle bedeutenden Männer dieses Kongresses einzeln aufzuführen. Unter ihrer Leitung ist der Kongreß geradezu eine Werkschätte emporeicher neuer Gedanken geworden. Die Synthese praktischer Politik mit ethischen Gedanken freilegender Neuordnung der Völkerverhältnisse wird — damit soll eine Überzeugung ausgesprochen sein — aus den Reihen dieser Führer der Unterdrückten geboren werden und ihre Namen werden in der Geschichte bestehen, wenn die Namen ihrer Unterdrückten bereits längst vergessen sind.

Die Arbeit der europäischen Nationalitätenkongresse ist nicht wirkungslos geblieben. Zunächst hat sie eine Arbeitsgemeinschaft der europäischen Minderheitengruppen geschaffen, die die überlebende Mehrzahl aller dieser Gruppen angehört. Die Zusammenarbeit aller Gruppen hat bereits für manche Gruppen reiche Früchte getragen. Auf Grund der Einigung auf dem Kongreß haben die Minderheiten innerhalb verschiedener Staaten (z. B. Polen) ihre Wahllisten blockiert und sind so zu erheblich höheren Mandatszahlen für die Vertretung in den gesetzgebenden Körperlichkeiten gelangt. Teilweise haben sie gemeinsame Organe herausgegeben, in

denen sie solidarisch ihre Forderungen an die Staatsleitung vertreten. So ist innerhalb der Staaten das Gewicht der nationalen Minderheitengruppen erheblich gewachsen.

Auch über die Grenzen einzelner Staaten hinaus ist durch diesen Zusammenfluß von über 40 Millionen Menschen die Bedeutung der Nationalitätenfrage stärker ins Bewußtsein der öffentlichen Meinung eingedrungen. Eine der Hauptaufgaben der Nationalitäten, die neuen Gedanken des Nationalitätenrechts und damit der neuen Regelung der Völkerverhältnisse überhaupt über die ganze europäische Menschheit, auch über die Staatsvölker zu verbreiten, ist durch diesen Zusammenfluß eigentlich überhaupt erst möglich geworden. Was die einzelne Gruppe niemals vermocht hätte, das vermag hier der Zusammenfluß der verschiedenen Nationalitäten mit dem Ziel der Durchsetzung eines großen neuen Rechtsprinzips. Diese allmähliche Auflockerung der im Gedankenkreise des omnipotenten Staates erlangten Mehrheitsvölker ist oft nur schwer nachzuvollziehen. Sie kommt aber doch in verschiedenen Anzeichen lebhaft zum Ausbruch. Die Behandlung der Nationalitätenkongresse in der europäischen Presse nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Entscheidungen der Kongresse werden mehr und mehr als sachliche Verhandlungsgrundlage für die Reform des Nationalitätenrechts genannt und die Gedankengänge der Kongresse haben in den Verhandlungen der interparlamentarischen Union und insbesondere in den Verhandlungen des Weltverbandes der Union der Völkerbündnisse jene Wurzeln gefaßt.

So hat die Minderheitenkommission des Weltverbandes der Völkerbündnisse eine der Grundforderungen der Kongresse, sachliche Ausprägungen zwischen Vertretern der Staatsvölker und der Minderheitsvölker einzuordnen, ausgeführt und vollzogen eine immer größere Annäherung an die programmatischen Forderungen des Kongresses. Diese Annäherung kam auch auf dem Kongreß von Sofia (1927) und noch mehr auf dem Kongreß im Haag (1928) zum Ausdruck.

Ein wesentliches Aufgabengebiet der Minderheitenführer, das sich infolge der gewonnenen Solidarität eröffnet, ist die Einwirkung auf die innerstaatliche Nationalitätenrechtssetzung. Hier ist die Möglichkeit angedeutet worden, daß die Führer der Nationalitätengruppen auf die Teile ihrer Volksgemeinschaft, die in einem anderen Staat die Mehrheit bilden, einwirken, daß diese Mehrheitsgemeinschaften in den von ihnen beherrschten Staaten eine den Forderungen des Kongresses entsprechende Gesetzgebung einführen.

„Zusammenfassend“: Es ergibt sich aus der die Kultur der einzelnen Völker erhaltenden, aber durch die gemeinsame Herausbildung der Prinzipien der neuen Gestaltung Europas völkerverbindenden Tätigkeit der europäischen Nationalitätenkongresse eine Fülle von Zukunftsmöglichkeiten. Es ergibt sich daraus, wenn die Staaten sich dieser neuen Bewegung nicht in Erhaltung in überaltertem Denken verschließen, die Möglichkeit, die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staaten und Völkern in Europa in evolutionärer Form zu vollziehen. Wird auf diese neue Bewegung jedoch nicht gehört, so dürfte auf die Dauer die revolutionäre Gestaltung, von der allerdings fraglich ist, ob an ihrem Ende nicht der Zusammenbruch Gesamteuropas liegen würde, kaum zu umgehen sein. Es ist das Verdienst des Kongresses, die europäische Menschheit vor eine ganz harte Wahl gestellt zu haben:

Er hat als Rechtsgedanken die ideale Freiheit und die materielle Gleichberechtigung aufgestellt.

Die europäischen Staatsvölker haben zu entscheiden, ob sie gewillt sind, ihre Politik zur Funktion dieses Rechtsgedankens zu machen und damit den Frieden zu erhalten, oder ob sie ihre Politik weiter als Funktion eines der Entwicklung des Rechtsbewußtseins nicht mehr entsprechenden tatsächlichen Rechtszustandes, dem der Rechtsgedanken zuwiderläuft, ausüben wollen und damit die Lösung der großen europäischen Fragen unmöglich machen.

Wahllos! Die Wahl ist gestellt! Die Staaten Europas haben zu wählen!

Mit Genehmigung des Verlages R. Oldenbourg, München, veröffentlicht wir die vorstehenden Abzüge aus dem Buch erschienenen, dem Vertrieben der Minderheiten gewidmeten vortrefflichen Buche von Kurt Trautmann, „Staaten und Nationalitäten Gemeinwesen“. Die Vertrieben von Galizien und Bessarabien haben dem geschätzten Buche Einleitungsworte vorangestellt.

Weltwirtschaft.

Aus einer Rede, gehalten zum Jubiläum der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft.

Von Erich Koch-Weser, Reichsjustizminister.

... Niemals sonst ist in der Welt die riesenhafte Aufgabe gelöst worden, innerhalb enger Grenzen ein Volk von 40 Millionen auf 70 Millionen Einwohner zu bringen. Fast immer haben diese Fragen entweder Eroberungskriege gelöst oder Dezimierungen der Bevölkerung durch Auswanderung oder durch Krieg und Pestilenz erlebt. Nur indem Deutschland vor dem Kriege in enger Verbindung mit der Weltwirtschaft Waren ausfuhrte und die dadurch gewonnenen Kapitalien zur Ausdehnung seiner heimischen Pro-

duktionsstätten benutzte, war es möglich, die sich mehrende deutsche Bevölkerung im eigenen Lande und in erträglichen Lebensbedingungen zu halten.

Sich abwendend von den großen Werken des Friedens hat vor Jahre lang menschliche Kraft in unermesslichem Ringen übermenschliches geleistet. Wir sind uns der Menschheit auf sich selbst besonnen, war die Welt und die Weltwirtschaft eine andere geworden.

Aufereuropäische Mächte sind hochgekommen. Das autarkische Amerika ist ein Land des Kraftüberflusses geworden. Es ist wirtschaftlich Europa mehr abgewandt als früher, indem es sich neue Märkte in Südamerika und jenseits des Stillen Ozeans zu erschließen sucht. Es ist auch politisch europäischen und europamüde geworden. Das spanische Südamerika ist zum Gefühl seiner Kraft und Selbständigkeit erwacht. Rußland hat sein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Verhältnis zu Europa fast völlig gelöst und spürt sich durch sein Außenhandelsmonopol zum weltwirtschaftlichen Durchdringung ab. Im britischen Weltreich sind im Verhältnis zwischen Mutterland und Dominions die Bande der Befehlsgewalt aus Disziplin geschnitten. Der unmögliche Gedanke der wirtschaftlichen Autarkie dieses Reiches wird kaum noch verfolgt, der Zusammenhalt besteht, feier als je, aber nicht nur noch in der kulturellen Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Lebensauffassung. England geht auch daran, das Verhältnis zu seinen Kronkolonien vorwiegend anzugehen.

Diesem gleichzeitigen Streben gegenüber ein balkanisiertes Europa: 35 Staaten statt 26, 27 Währungen statt 13, 38 Zollgebiete statt 16, 11 000 Kilometer neue Zollgrenzen, ein Europa, das es in seiner Hinsicht zu einem gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Abwehrwallen bringt. „Europa will“, hört man nur in Rußland, „Europa sollte wollen“ in Amerika.

Und in diesem Europa ein Deutschland, dem der Verfall der Weltung grundlegende Strukturmodifikationen gebracht hat durch Abwertung von Gebieten mit hoher landwirtschaftlicher und industrieller Produktivkraft, ein ansehnliches, vertriehtes, schwer leistungsfähiges Volk, das durch Kriegsausgang und Werten fast an den Rand des Verderbens gebracht ist. Innerhalb dieses Volkes unersetzte Umstellungen im Altersaufbau, im Prozentfuß erwerbsfähiger Erwerbsenergie, in der Berufsverteilung. Eine gleiche Umwidmung in Vermögen und Einkommen: eine soziale Herabdrückung weite Bevölkerungsschichten, und zwar gerade derjenigen, die Jahrhunderte hindurch die kulturellen Leistungen des Volkes maßgebend beeinflusst haben. Weiter die Zusammenballung von Wirtschafts-

einheiten, die mit den politischen Gebietseinheiten der Länder nicht mehr übereinstimmen und immer mehr mit dem politisch-territorialen Aufbau kollidieren. Endlich die alte Raumnot in noch gesteigertem Umfang. Landwirtschaftliche Siedlungsmöglichkeiten im eigenen Land, auch bei günstiger Berechnung, nur noch für höchstens 2 Millionen Menschen.

Und dieses Volk sieht sich vor eine Aufgabe gestellt, wie sie kein Volk je geliebt hat. Schon die Vorkriegsaufgabe, die eigene Bevölkerung im eigenen Lande arbeitswillig und arbeitsfreudig zu erhalten und zu mehren, war schwer genug. Sie wird von England nur mit Hilfe seiner Auslandsanlagen geleistet, deren Erträge mit rund 8 Milliarden Mark den ganzen englischen Einfuhrüberschuß ausgleichen. Sie wird in Amerika nur geleistet, weil der amerikanische Arbeiter ein Drittel der Rohstoffe der gesamten Welt für seine Produktion zur Verfügung hat. Das Nachkriegsdeutschland aber soll ohne solche Hilfsmittel, ohne erspartes Kapital, auf schmalem Land mit geringen Rohstoffen darüber hinaus noch ungeheure Tribute an seine Gegner zahlen. Und um diese Leistungen zu vollbringen, hat das deutsche Volk nichts zur Verfügung als Kopf und Hand seiner Menschen, die für die Welt produzieren müssen, um selbst am Leben zu bleiben. Wären wir neuen Ländern nicht durch Jahrhunderte der Praktizität und Vorkriegszeit in der Menschheit voraus, die Arbeit wäre unmöglich. Selbstvertrauen aber führt auch so dazu, an diese Arbeit heranzugehen.

Wahrlich eine Arbeit, die ohne methodischen Geist und wissenschaftliche Erkenntnis unerschöpflich sein würde. Eine Arbeit, die weder allein in der Werft der Praktizität, noch in der Forscherstube des Gelehrten gelöst werden kann. Eine Arbeit, bei der Wissenschaftler und Praktiker, Gelehrte und Kaufleute, Unternehmer und Arbeiter in regem Gedankenaustausch mehr zusammenstehen müssen als je. Eine Arbeit, die nur bewältigt werden kann, wenn es gelingt, auch die anderen Völker auf den Weg weltwirtschaftlicher Verständigung zu bringen, den die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes gewiesen hat und den Deutschland zu betreten bereit ist.

Kaufkraft und Konjunktur.

Von Fritz Tarnow, M. D. R.

Die kürzeste Formel für eine Wirtschaftsauffassung, die häufig angetroffen werden kann, heißt: mehr arbeiten und den Wert des Verbrauchens, damit der nationale Reichtum wächst. Nichts scheint einfacher und logischer zu sein: wenn wir in unserer Volkswirtschaft mehr verbrauchen als erzeugen, werden wir arm — wenn wir mehr erzeugen als verbrauchen, werden wir reich.

Wenn die Wirtschaft eine mathematische Angelegenheit wäre, könnte die Rechnung auch stimmen. Die ökonomischen Zusammenhänge sind aber ganz anderer Natur, und zwar so, daß je uns gar nicht gestatten, wenig zu verbrauchen und viel zu erzeugen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß wir gegenwärtig über 2½ Millionen Arbeitslose haben, die die Mahnung an das deutsche Volk, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen, doch wohl mit recht bitteren Gefühlen empfinden müssen.

Darum wird der Produktionsapparat nicht voll ausgenutzt? Die Antwort ist sehr einfach: die Fabrikanten haben keine Aufträge und deswegen für die Arbeiter keine Beschäftigung. Anders gesagt: die Absatzmöglichkeit für die deutsche Wirtschaft ist viel geringer als ihre Produktionsfähigkeit. Eine weitere Einschränkung des Verbrauchs müßte deshalb genau soviel zu einer noch weiteren Einschränkung auch der Produktion führen. Das heißt aber nicht nur eine Verminderung der volkswirtschaftlichen Reichtumsneubildung, sondern auch Entwertung des vorhandenen Kapitals, das ja zum allergrößten Teil im Produktionsapparat investiert ist. Je mehr der Verbrauch und der Absatz zurückgehen, um so größere Teile des vorhandenen Kapitals werden vernichtet, um so größere Teile der reichhaltigen Produktionskräfte werden brachgelegt. Und daß diese Methode der sicheren Weg zur Vergrößerung des nationalen Reichtums wäre — das klingt doch sehr wenig plausibel.

Allerdings habe ich einen Faktor noch nicht erwähnt, nämlich den Export. Angenommen wir vermindern unseren eigenen Güterverbrauch um 10 v. H., unserer gesamten eigenwirtschaftlichen Erzeugung und exportieren diese nicht verbrauchten Güter ins Ausland, dann würde in der Tat der Erlös daraus zur Kapitalbildung verwendet werden können. Diese Rechnung hat nur den Fehler, daß

ein zusätzlicher Export in dieser Höhe überhaupt nicht zu erreichen ist. Man hört zwar häufig auf die Meinung, daß wir die Ausfuhr gewaltig vermehren könnten, wenn durch eine allgemeine Senkung unseres Lebensniveaus die Lebenskosten so verbilligt würden, daß deutsche Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würden. Dem steht aber entgegen, daß in der ganzen Welt eine starke industrielle Überkapazität vorhanden ist. Überall besteht ein hartes Bedürfnis, mehr auszuführen als einzuführen, und die Länder wehren sich mit den Mitteln der Zoll- und Handelspolitik gegen eine Überflutung ihrer Märkte mit Auslandswaren. Nach der vorhandenen Situation in der Weltwirtschaft kann die deutsche Wirtschaft auf eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr nur dann rechnen, wenn sie auch eine größere Einfuhr mit in Kauf nimmt. Das Problem der Kapitalbildung kann dadurch nicht gelöst werden.

Wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß die Wiedererlangung eines genügend großen Eigenkapitals in der deutschen Wirtschaft vorläufig weder durch allgemeine Verbrauchseinschränkung, noch durch Ausfuhrsteigerung möglich ist, so heißt das nicht, daß es überhaupt nicht möglich wäre. Es kommt nur auf den Zeitpunkt und den Zeitraum an, den man dazu in Aussicht nimmt. Die Bildung neuen Kapitals hängt davon ab, wieviel von dem bereits investierten Kapital Beschäftigung hat, das heißt, ein wie großer Teil der vorhandenen Produktionsfähigkeit ausgenutzt wird. Je mehr wir uns der hundertprozentigen Ausnutzung nähern, um so mühseliger wird die Kapitalbildung gelingen. Die Ausnutzung der letzten 10 oder 20 v. H. der vorhandenen Produktionsfähigkeit bildet am leichtesten neues Kapital. Einer nur halb beschäftigten Volkswirtschaft versagen die ökonomischen Naturgesetze die Erreichung dieses an sich natürlich durchaus wünschenswerten Zieles.

So ist auch vom Gesichtspunkt der Kapitalbildung aus die bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsfähigkeit nicht als ein Resultat vorausgegangener Kapitalbildung, sondern als die Voraussetzung dafür anzusehen. Erst muß die Wirtschaft in Ordnung sein, dann kann Kapital gebildet werden. Wenn dagegen eingewendet wird, er müsse Kapital da sein, damit die Wirtschaft in Ordnung kommen kann, so ist auch das richtig. Nur darf man

unter Kapital in diesem Sinne nicht unbedingt nur eigenes Kapital verstehen, es kann auch ausländisches sein. Wenn wir dieses dazu benutzen, unsere Produktionswirtschaft auf volle Leistungsfähigkeit zu bringen, dann werden wir — trotz Schuldendienst und Amortisation — schneller zu Eigenkapital kommen als wenn unter Verzicht auf Auslandskredite nur mit halber Kraft gearbeitet würde.

Nur wenn es gelingt, die Aufnahmefähigkeit unseres eigenen Marktes an die Produktionskraft anzugleichen, erscheint das Wirtschaftsproblem lösbar. Diese Aufnahmefähigkeit wird bestimmt durch die Kaufkraft der Bevölkerung, und wenn man bedenkt, daß die deutsche Nation zu 70 v. H. von Einkommen aus Arbeitslohn lebt, dann läßt sich das ebenjotig ausdrücken: die Abfahmöglichkeit für die deutsche Produktionswirtschaft wird bestimmt durch die Höhe des Lohnniveaus.

Natürlich kann die volkswirtschaftlich mögliche Lohnhöhe nicht willkürlich festgesetzt werden. Sie muß im Zusammenhang bleiben mit der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Wie steht es aber damit? In der ersten Zeit nach dem Kriege ging die allgemeine Auffassung dahin, daß es wohl Jahrzehnte dauern würde, bis der gesamtwirtschaftliche Produktionsapparat wieder seine frühere Leistungsfähigkeit erreicht haben könnte. Wir haben im Jahre 1925 eine amtliche Vergleichs- und Wirtschaftsstatisik gehalten, die es gestattet, einige Vergleiche mit der vorangegangenen Statistik im Jahre 1907 zu ziehen. Dieser Vergleich befehrt uns dahin, daß die gesamte Produktionskraft unserer Volkswirtschaft trotz der Rückgangsperiode während des Krieges nicht geringer geworden ist, sondern ganz erheblich größer.

Die Zahl der Arbeitshände ist in den 18 Jahren zwischen diesen beiden Statistiken schneller gewachsen als die Zahl der Menschen. Im heutigen Reichsgebiet haben sich die Menschen um 13,5 v. H. die Erwerbstätigen aber um 28,5 v. H. vermehrt.

Ulm ein vielfaches stärker ist die technische Produktionskraft gewachsen. Auf dem Gebiet der Industrie, also ohne Verkehr und Landwirtschaft, haben sich die investierten Kraftmaschinen-P.S. von 7½ Millionen auf 17½ Millionen vermehrt. Rechnet man den Arbeitswert einer Maschine-Pferdekraft gleich der von 3½ erwachsenen Arbeitern, dann sind uns allein an eisernen Industriearbeitern von 1907 bis 1925 nicht weniger als 30 Millionen zugewachsen.

Dazu kommt die Steigerung des Aufgesettes sowohl bei der menschlichen wie bei der technischen Kraft. Ich brauche hier nur das Wort „Rationalisierung“ auszusprechen, um auf diese Seite der Entwicklung hinzuweisen.

Auch bei der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung erleben wir fortgesetzte große Verbesserungen. Ich erinnere an die Erfindung des künstlichen Stickstoffes. Die großindustriellen Werke, die sich damit beschäftigen, sind im Grunde genommen Fabriken, die Brot aus der Luft machen. Ich erinnere an die Erfindung der Kohlenverflüssigung. Wenn die Zeitungsmeldungen richtig sind, kann die eine Anlage der Leunawerke demnächst bereits drei Viertel des gesamten deutschen Benzinverbrauchs aus heimischer Kohle herstellen. Man denke weiter an die Verbesserung der Nüchternschmelze, die es gestattet, heute aus einer Tonne Kohle viel mehr Kraftenergien zu gewinnen als vor Jahrzehnten. Bei der Herstellung von Kraftmaschinen wird heute für die gleiche Leistung nur noch ein Bruchteil der Eisenmenge benötigt, die etwa vor 50 oder 60 Jahren erforderlich war. Auch die Erfindung der künstlichen Faserstoffe ist von erheblicher Bedeutung.

Wohin wir auch blicken, überall sehen wir eine Vermehrung der produktiven Möglichkeiten. Früher hatten die Nationalökonomien nämlich die Sorge, daß die Menschen sich schneller vermehren könnten als der Nahrungsspielraum sich vergrößern ließe. Diese Sorge ist jetzt ins Gegenteil umgeschlagen. Der Lebensspielraum wächst viel schneller als die Fähigkeit der Menschen, davon Gebrauch zu machen. Es gibt kein Problem, wie wir genügend Güter erzeugen können, um den Bedarf zu decken; es gibt nur noch das Problem, wie wir es anfangen müssen, um so viel zu verbrauchen wie erzeugt werden kann.

Es liegt also so, daß die Wirtschaft nach dem Stande ihres produktiven Könnens durchaus in der Lage wäre, für einen größeren Güterverbrauch im eigenen Lande die Deckung zu schaffen. Es kommt nur darauf an, den Mechanismus des gesamtwirtschaftlichen Apparates entsprechend zu steuern. Die Meinung, daß wir nur damit zu begnügen brauchen, mehr zu arbeiten, um später auch mehr verbrauchen zu können, erweist sich als ein Trugschluß. Die

die augenblicklichen Verhältnisse, also besonders deutlich zeigen, können wir nicht mehr produzieren als Abnahmefähigkeit vorhanden ist. Der Abfah, das heißt der Verbrauch, ist also das Steuerrohr für die Gesamtwirtschaft. Steigerung des Verbrauchs führt ebenso automatisch zur Vergrößerung der Produktion wie Verbrauchsbeschränkung zur Verminderung der Produktion führen muß.

Das sind die Zusammenhänge, die das Kaufkraftproblem in den Vordergrund der Wirtschaftsschelte gerückt haben. In jeder Volkswirtschaft muß dieses Problem auf werden, wo dauernd die produktiven Kräfte schneller wachsen als die verbrauchenden. Deshalb ist es auch ganz logisch, daß zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ja allen anderen Ländern in der Entfaltung der Produktionskraft vorausgegangen sind, die primäre Bedeutung der Kaufkraft erkannt wurde. Wer die sozialökonomische Literatur der Vereinigten Staaten kennt, wird begreifen, daß dort nahezu alle Kreise, nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmer, die Wirtschaftspolitiker und die Staatsmänner von der Überzeugung durchdrungen sind, daß die Pflege der Kaufkraft die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftsführung ist und daß dafür die Verbesserung des Lohnniveaus das wirksamste Mittel darstellt.

In Deutschland steht diese Erkenntnis noch in den Anfängen. Aber man darf damit rechnen, daß sie sich auch hier weiter durchsetzen wird. Besonders allernähe ist, namentlich bei den Unternehmern, noch die Meinung vorherrschend, daß der Lohn nur ein Kostenfaktor der Produktion wäre und daß die Kunst der Betriebsführung ja gerade darin bestünde, alle Produktionskosten, also auch den Lohn, möglichst niedrig zu halten.

Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage — die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen. Ihr Lebens- und Lohnstandard ist maßgebend für den Wohlstand des Landes.“ Das ist ein Zitat des amerikanischen Automobilkönigs Henry Ford aus seinem bekannten Buche.

Der amerikanische Handelsminister Davis hat sich ebenso deutlich in diesem Sinne geäußert, er hat gesagt: „Die Erfahrung hat selbst dem oberflächlichsten Beobachter die fälschliche Zahlreiche schlechter Wirtschaftspraktiken der Vergangenheit offenbart. Die Politik der niedrigen Löhne ist am jämmerlichsten zusammengebrochen. Keine Gegend des Landes, wo niedrige Löhne üblich sind, ist so wohlhabend wie jene Gebiete, wo hohe Löhne gezahlt werden. Der Unternehmer, der die Löhne herabsetzt, ist kein guter Geschäftsmann und arbeitet gegen sich selbst.“ Im selben Sinne hat sich auch der amerikanische Diebstahl an der Allgemeinheit. Die Zeiten sind vorbei, in irgendeinem Unternehmen als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Löhne für zu drücken versuchte. Ein solcher Unternehmer ist nicht ein tüchtiger Geschäftsmann, sondern ein Parasit an der Allgemeinheit. Die öffentliche Meinung wird ihn zwingen müssen, einen anständigen Lohn zu zahlen oder aus dem Geschäftsleben auszuscheiden.“

In der deutschen „Industrie- und Handelszeitung“ war kürzlich ein Bericht über die gute Wirtschaftslage in Holland zu lesen, und dazu bemerkt die Zeitung: „Die Gründe für dieses gute Ergebnis liegen nicht nur in der grundsätzlichen Anwendung moderner Maschinen und Produktionsmethoden, sondern auch darin, daß durch verhältnismäßig hohe Löhne weite Kreise der Bevölkerung so große Kaufkraft besaßen, daß das Unternehmensabfah und Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit und daher billige Produktion gefördert wurde.“

Es ist nicht einzusehen, warum diese wirtschaftliche Vermunft nicht ebensofort oder noch viel mehr sogar in Deutschland Gültigkeit haben soll, wo das Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft wahrscheinlich größer ist als in irgendeinem anderen Lande der Welt.

Wir erleben andauernd umfangreiche Rationalisierungsingen mit dem Erfolg, daß die Lohnkosten gesenkt werden, daß das gleiche Arbeitsquantum von weniger Arbeitern geleistet wird, ohne daß der Lohnausfah der freigesetzten Arbeiter durch Lohnbesserungen bei den in Arbeit verbleibenden eriert würde. Aus diesem Vorgang resultiert zu einem großen Teil die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, und es ist noch gar nicht zu erkennen, wie wir überhaupt wieder ins Gleichgewicht kommen können, wenn die Fortschritte der Rationalisierung nur immer noch weitere Kaufkraft vernichten statt neue Kaufkraft zu schaffen. Was hat es für einen Sinn, immerfort den Produktionsapparat zu vergrößern und zu verbessern, wenn wir dabei die Produktion immer mehr einschränken müssen? Der Sinn der Wirtschaft ist es, immer mehr Brot für den Verbrauch zur Verfügung zu stellen, nicht aber, immer mehr Wachsen zu bauen und weniger Brot zu backen.

Bei der gegenwärtigen Situation in der Gesamtwirtschaft, dem ansehnlichen Mißverhältnis zwischen den produktionen und den verbrauchenden Kräften, ist es die wichtigste und dringlichste Aufgabe, die Kauf- und Konsumkraft der breiten Bevölkerungsmassen zu stärken. Das wäre am sich zwar auch möglich durch eine allgemeine Senkung des Preisniveaus. Wir sehen aber, daß selbst unter dem Druck der Absatzkrisis die Preise der Verbrauchsgüter, im ganzen gesehen, nicht heruntergehen wollen, eine Erscheinung, die zusammenhängt mit der zunehmenden Bekräftigung des Marktes durch die Kartelle und Monopolorganisationen der Wirtschaft.

Albert Einstein.

Zu seinem 50. Geburtstag am 14. März.

Von Prof. Dr. Paul Kirchberger.

Albert Einstein ist nicht nur ohne Frage der berühmteste deutsche Physiker und einer der hervorragenden der ganzen Welt, sondern er ist auch einer der namhaftesten und bekanntesten Vertreter unseres höchsten geistigen Lebens überhaupt. Das mag vielleicht wundernehmen bei einem Gelehrten, dessen Forschungsgebiet so weit ab liegt von den geistigen Interessen der Mehrzahl unserer Gebildeten, und dessen Lebenswerk zugehört dem Verständnis selbst der fachgenossen erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Aber eines wurde bei Einsteins berühmtester Leistung, der von ihm geschaffenen Relativitätstheorie, alsbald auch dem Laien klar: es war eine Geistesstat, deren Bedeutung in ganz ungewöhnlichem Ausmaß über die Grenzen ihres eigentlichen faches hinausgriff, und die nicht nur die Gedanken der Physiker, sondern auch die der Philosophen und der Mathematiker nachdrücklich beschäftigte, ihnen neue und ungeahnte Aufgaben stellte, und selbst auf weitere Wissensgebiete, wie namentlich die Astronomie, einen bedeutenden Einfluß gewann.

In der Tat, physikalisch war bei der Einsteinschen Relativitätstheorie zunächst nur die Fragestellung, aus der sie unmittelbar hervorging. Ihrem Kerne nach war sie ein philosophischer Gedanke, und mathematisch waren die Mittel, die zur Lösung führten. Dieser philosophische Grundgedanke der Relativitätstheorie sieht auf den ersten Blick verblüffend einfach aus: es ist die Behauptung, daß der Raum als solcher und demgemäß auch die Bewegung als solche, nämlich wenn sie bloß im Raum erfolgt, keine Wirkung ausüben könne. Nur ein anderer Ausdruck für diese Leugnung der Raumwirkung ist es, wenn auch dem „Äther“ die Eignung abgesprochen wird. Demgemäß mußte Einstein betonen, daß beispielsweise die Drehung der Erde, wenn keine anderen Himmelskörper da wären, gegen die sie sich dreht, eine physikalische Wirkung hervorrufen könne. Er mußte die fremden Himmelskörper und nicht die Drehung der Erde als solche für die ja sichtbaren Wirkungen verantwortlich machen.

Aber das Wesentliche an Einsteins Leistung ist weniger dieser Grundgedanke als vielmehr die Überwindung der Schwierigkeiten, die sich seiner Durchführung entgegenstellten. Da war ja allererst der Hinweis, daß die Lichtgeschwindigkeit im Vergleich mit jeder anderen Bewegung immer dieselbe bleibt. Wir können uns selbst so geschwind bewegen, wie wir wollen, das Licht überholt uns von hinten ebenso schnell, wie es uns von vornen entgegenfliehet. Schon das ist für die Anschauung eine sehr harte Luftpist. Noch ungleich größer freilich wurden die Schwierigkeiten, als Einstein seinen Grundgedanken auf jede Art von Bewegung, also auch auf ungleichförmige und kreumlinnige, deren unmittelbare Wirkung doch scheinbar ein jeder verspürt, ausdehnte.

Die Überwindung dieser Schwierigkeiten geschah durch eine tiefgehende Kritik unserer Raum- und Zeitmessung, ferner durch eine Aufkommen neuer Raumauffassung, die sich von der alten, auf den griechischen Mathematiker Euklid zurückgehenden, merkwürdig unterschied, dagegen die Forderungen des großen deutschen Mathematikers Riemann wieder aufgriff. Die merkwürdigste der Folgerungen, die Einstein aus seiner Raumauffassung zog, war die Behauptung der

Darum ist das wichtigste Mittel der Kaufkraftverbesserung die Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus. Die Frage, wobei die Kosten dafür genommen werden sollen, ist dahin zu beantworten, daß die Produktionswirtschaft ganz automatisch zuzuführende Leistungen aufbringt, wenn nur ein zureichender Verbrauch dazu den Anstoß gibt. Die Erhöhung der Löhne ist es deswegen im Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht ein Vorang, der die Wirtschaft lähmt, wie oft behauptet wird, sondern die Lohnsteigerungen sind im Gegenteil der wirksamste Motor der gesamtwirtschaftlichen Fortentwicklung.

Endlichkeit der Welt, die er sich in sich geschlossen, ähnlich einer Kugeloberfläche vorstellte. Auch die Größe der Welt hat Einstein aus seinen Grundannahmen heraus berechnet, und sein Ergebnis stimmt mit den Ausmessungen der Astronomen befriedigend überein. Das letzte Hilfsmittel, das Einstein zur Durchföhrung seiner Gedanken brachte, war eine von der bisherigen abweichende Anschauung über das Wesen der Schwerkraft, deren Verständnis durch ihn den größten Fortschritt seit Newton erfuhr. Allerdings hat Einstein auch den Elektromagnetismus in den ganzen Gedankenbau seines Systems einbezogen.

Wie die Relativitätstheorie ihrem Kerne nach ein philosophischer Gedanke ist — sie ist ja auch, geschichtlich betrachtet, von dem Gedankenwelt des großen kritischen Philosophen und Naturforschers Ernst Mach erheblich beeinflusst —, so fand auch die Gründe der hier und da noch bestehenden Gegenströmung gegen

sie philosophischer Natur: es ist die Abneigung der in erster Linie experimentell arbeitenden Physiker gegen das Überwiegen der rein mathematischen Überlegung — sie sprechen da wohl von der „Schredensherrschaft der Mathematiker“ in der Naturwissenschaft. Der endgültige Sieg der Relativitätstheorie, der kaum zweifelhaft sein kann, wird daher auch für die Stellung der Mathematik innerhalb unserer Naturforschung entscheidend und deshalb selbst über die unmittelbare Bedeutung der Frage von allergrößter Wichtigkeit sein.

Einsteins Bedeutung als Physiker gründet sich jedoch keineswegs nur auf die Relativitätstheorie. Wohl seine verdienstvollste Leistung ist die Förderung der von Max Planck aufgestellten Quantentheorie, die freilich minder bekannt ist als die Relativitätstheorie, innerhalb der Naturforschung jedoch eine ihr gleiche Stellung beanspruchen darf. Nach ihr besteht das Licht und überhaupt die Strahlung aus einer Art von Atomen, also aus unteilbaren Grundteilen, Einstein war nun der erste, der erkannte, daß die Bedeutung dieser Lehre weit über das Gebiet der Strahlung hinausgriff. Er vermochte beispielsweise einen feht hundert Jahren bekannten, aber seinem Grunde nach unerklärten Satz, nämlich daß Stoffe mit schweren Atomen, wie etwa Quecksilber oder Gold, sich meist genau

im Verhältnis ihres schwereren Atomgewichts leichter erwärmen lassen, daß aber dieselbe allgemeine Regel ganz bestimmte Ausnahmen hat, östlich beifriedigend zu erklären und aus der Quantentheorie rechnerisch abzuleiten. So wurde Einstein neben Planck der Mitbegründer der Quantentheorie, wie denn auch umgekehrt Planck einer der ersten Physiker gewesen ist, der die volle Bedeutung der Relativitätstheorie erkannte. Die übrigen physikalischen Leistungen Einsteins anzuföhren, dürfte wohl zu weit föhren. Gemeinsam ist ihnen allen der außerordentlichen mathematischen Schärffbild, durch den die sich scheinbar so willkürlich und unregelmäßig verhaltende Natur dem Rechenstift des mathematischen Denkers unterworfen wird.

Wie so viele unserer bedeutendsten Geistesheiden, von Kepler angefangen, ist auch Einstein ein Sohn der Schopenhauerschen. Er ist zu Altm an der Donau geboren, wo sein Vater ein kaufmännisches Geschäft betrieb. Seine Jugend verlebte er größtenteils in der Schweiz, wo wie ihn denn auch nach vollendetem Studium zunächst als Haus-



Dr. W. Potier, Berlin

lehrer, dann als wissenschaftlichen Mitarbeiter des schweizerischen Patentamtes zu Bern finden. Aber bald eröffnen ihm seine wissenschaftlichen Arbeiten die akademische Laufbahn, die er in Zürich beginnt, um sie nach kurzer Unterbrechung in Prag schließlich in Berlin fortzusetzen. Seit 13 Jahren dürfen wir ihn zu den Unseren zählen, was freilich nicht hinderte, daß auch die übrige Welt ihren Teil an ihm beanspruchte. Wohl in allen Kulturländern hat Einstein zumindest gelegentlich Vorträge und Vorlesungen gehalten, von Japan und Palästina angefangen bis nach Tibet- und Südamerika. Nach dem Kriege war er einer der ersten, der den Bann, mit dem deutsche Forschung und Wissenschaft noch vielfach in der Welt belegt wurden, zu durchbrechen wußte. Auch die französische

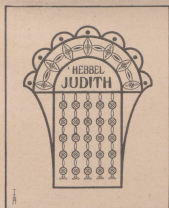
Akademie nahm ihn mit hohen Ehren auf, und denkwürdig bleibt es, daß er auch mit seinem Fachgenossen Painlevé, der nebenbei französischer Kriegsminister ist und Ministerpräsident war, Gespräche über die Relativitätstheorie führte. Als fast selbstverständlich kann es gelten, daß Einstein Deutschland auch beim Völkerbund vertritt, dessen Ausschuß für wissenschaftliche Zusammenarbeit er als Vertreter Deutschlands angehört.

In Albert Einstein besitzt Deutschland nicht nur einen genialen Physiker, einen scharfsinnigen Mathematiker und einen gründlichen philosophischen Kopf, er hat über sein unmittelbares Wirken hinaus eine allgemeine kulturelle Bedeutung gewonnen und ist ein gewichtiger Mittelpunkt unseres ganzen geistigen Lebens.

Zum deutschen Buchtage.

Von Oberregierungsrat Dr. Werner Peifer.

Der Gedanke, am Todestag Goethes einen Tag des deutschen Buches zu veranstalten, war gut und macht denen, die ihn in die Tat umsetzen, alle Ehre. Die Frage ist, was der einzelne, was die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von einem solchen Tage sich versprechen, was er ihnen zu bieten hat und vor allem, ob und in welchem Umfang bleibende Wirkungen von einem solchen Tage ausgehen.



Wert Ludwig Feuerbachs, das vor Jahreshenden die Menschheit aufreißte und sie zur Erkenntnis ihres Selbst hinführte: „Der Mensch ist, was er ist“ haben wir heute zwar als Übertreibung oder sagen wir als Überspizung eines richtigen Grundgedankens erkannt. Aber an der Richtigkeit dieses Grundgedankens selbst kann nun einmal kein Zweifel bestehen. Die wollen uns doch nichts vorantun: der großen Masse unseres Volkes geht es wirtschaftlich schlecht, und die Anschaffung eines Buches gehört nicht zu den unmittelbaren Notwendigkeiten des Lebens. Also verzichtet man darauf und wendet sich anderen Dingen zu, die näher liegen.

**Aktien-Gesellschaft
Kammerlugt**
Erzählung von
Karl Schröder

Küppersgilde Eutenberg Berlin 1928

stellung, daß es — sagen wir einmal — nicht ganz so traurig mehr bestellt ist, wie etwa noch vor fünf Jahren.

Vielmehr Hindernisse blieben bestehen. Es herrscht übereinstimmend beim Bücherkäufern Publikum wie beim Autor wie

auch beim Verleger, mindestens bei dem einsichtigen Verleger, von dem wir hier nur sprechen wollen, daß die Bücherpreise vielfach, man kann wohl sagen im Durchschnitt, zu hoch sind. Es wäre außerordentlich begrüßenswert, wenn die zahlreichen Untersuchungen, die

gerade in den letzten Jahren über die Ursache der gewaltigen Spanne zwischen Erzeugungs- und Marktpreis angestellt worden sind, endlich zu einem alle Teile befriedigenden Ausgleich führten. Denn alle Interessenten des Buches, der Verleger, der kaufwillige Leser, der Sortimentsverkäufer, haben

libereinstimmendes Interesse daran, daß das Buch billig zum Verkauf gelangt, weil durch eine möglichst niedrige Gestaltung des Kaufpreises neben der Befriedigung des wirtschaftlichen Interesses der kulturelle Zweck des Buches am wirksamsten gefördert werden kann.

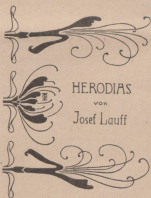
Nachdem in der Tagespresse Verleger, Schriftsteller und interessierte Buchkäufer zu dieser Frage gesondert wiederholt das Wort genommen haben, würde es von besonderer kulturpolitischer Bedeutung sein, wenn der deutsche Buchtag, der diese drei Gruppen von Persönlichkeiten in eine härtere äußere Verbindung bringt, dazu führen würde, daß das Problem einer Verbilligung des Buches in gemeinsamer Arbeit nimmermehr ernstlich und praktisch in Angriff genommen wird.

Doch beachtlicher noch als die Preise sind andere Widerstände, die einer Verbilligung des Buches im Wege stehen: Jazzband und Magazinliteratur, Rundfunk und Film, Sport und Technik. Man verheste uns nicht falsch; es biese den Kampf Don Quichottes gegen die Windmühlensflügel wiederholen, wollte man sich gegen Tendenzen auflehnen, die nun einmal als gegebene Faktoren vorhanden sind, die in der Entwicklung der Zeit liegen und die wir ebensoviele

**MAREES
GESELLSCHAFT
ELFTE REIHE
DER DRUCKE
APRIL 1925**

MS

**HERAUSGEBER
JMEIER-GRÄFFE
VERLAG DER MAREES-
GESELLSCHAFT RIPPEN-
MÜNCHEN**



KARL FRIEDRICH NOWAK

VERSAILLES

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK
BERLIN

zurückschrauben können und wollen, wie wir etwa wünschen, das elektrifizierte Licht durch die Petroleumlampe zu ersetzen. Aber wir müssen uns klar darüber sein, daß alle diese Dinge nicht der Sinn unseres Daseins sein dürfen, daß sie vielmehr ebenso Diener der Gesamtheit sein müssen wie alle andern, ihnen vorangegangenen technischen Erfindungen, und daß sie ihre geistige Mission nur dann erfüllen können, wenn sie lernen, sich zu scheiden und freiwillig die Rolle einnehmen, zu deren Darstellung sie bestimmt sind.

Indessen, es soll zum Tag des deutschen Buches keine Kapuzinerpredigt gehalten werden, denn damit bringt man nicht einen einzigen Menschen, der sein Geld für 5-ller-Reis oder für gleich-

gültige Modestschriften ausgibt, dazu, nun plötzlich in einem ernsten Buchstunde zu werden. Aber der ruhige Hinweis dieses ausgedehnten Tages auf die Tatsache, daß es noch andere Güter als Boren und Tansen gibt, Güter von objektiver höherem Wert, Güter, die in der Rangordnung der Werte auf höherer Stufe stehen, real doch vielleicht diesen oder jenen dazu an, sich zu fragen, ob er die ihm zur Verfügung stehenden ökonomischen Mittel auch wirklich richtig verwendend.

Wir beschreiben uns vom 22. März keine Wunder, aber wir erhoffen von diesem Tage, daß an ihm eine Saat gesät wird, die bald bei bald da eines Tages aufgehen und gute Früchte bringen wird, das heißt: Bürgerkultur.

E. J. Sellerts

sämtliche

Schriften.

Schöner Text.



Verlagshaus, 100, 101 am Haupt- 100, 101

Verlagshaus

100, 101 am Haupt- 100, 101
100, 101 am Haupt- 100, 101

Die Neuordnung der Krisenfürsorge.

Von Ministerialrat Dr. Bernhard Kefauert.

Es ist bekannt, daß die deutsche Wirtschaft 1928 den Beschäftigungsgrad des Vorjahres nicht erreicht hat. Dementsprechend blieb die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts gegen 1927 zurück; es genügt, auf ein paar Standardzahlen hinzuweisen, die ich für 1928 gebe (die entsprechende Zahl für 1927 ist in Klammern beigefügt): Mindestzahl der verfügbaren Arbeitslosen 1 194 635 (867 567), Mindestzahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften 6,2 (4,5) v. H., Mindestzahl der Kurzarbeiter in den Gewerkschaften 3,5 (2,0) v. H. Die Zahlen der unterrichteten Arbeitslosen sind wegen des Übergangs von der Erwerbslosenfürsorge erst vom Oktober an vergleichbar, zeigen aber gleichfalls deutlich die schlechtere Lage des Arbeitsmarkts 1928 gegen 1927.

1929 hat sich diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarkts bisher fortgesetzt. Sicher wäre es verfehlt, sich hierfür allein auf die ungewöhnlich hohen Zahlen der Arbeitslosen zu berufen, die in den statistischen Nachweisen für Januar und Februar erscheinen. Denn zweifellos kommt infolge der abnorm schweren und langen Witterung während der Monate ein höherer Prozentsatz dieser Arbeitslosen auf Rechnung der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit, als es sonst der Fall wäre. Daneben müssen wir aber eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auch in solchen Berufen feststellen, deren Beschäftigung im allgemeinen nicht an eine bestimmte Jahreszeit gebunden ist. Die Zunahme ist allgemein, wenn sie in den einzelnen Berufen auch in verschiedenem Grade auftritt. So ist beispielsweise nach den Verbandsschätzungen die Zahl der Arbeitslosen vom September 1928 bis Januar 1929 in der Metallindustrie von 5,7 auf 9,5 v. H., der Verbandsmitglieder angehört, bei den Graphikern von 5,7 auf 6,7 v. H., im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe von 6,7 auf 11,5 v. H.

Die Krisenfürsorge, die je bekanntlich eine Ergänzung der an strenge Regeln gebundenen Arbeitslosenversicherung darstellt, hat die besondere Aufgabe, sich der Entwicklung des Arbeitsmarkts so eng wie möglich anzupassen. Nach § 101 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 ist die Krisenunterstützung „in Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage“ einzuführen; dabei ist ausdrücklich bestimmt, daß die Zulassung auf bestimmte Berufe oder Bezirke beschränkt werden kann. Nun hat zwar, wie bekannt, die Lage des Arbeitsmarkts, seitdem (Ende 1926) die Krisenfürsorge geschaffen wurde, noch nie erlaubt, ganz auf sie zu verzichten; immerhin war sie seit 1927 nicht mehr allgemein zugelassen, sondern auf bestimmte Berufe beschränkt, deren Kreis bald mehr, bald weniger eng gezogen wurde. Für die zweite Hälfte des Jahres 1928 war maßgebend ein Erlass des Reichsarbeitsministers vom 15. August 1928 (Reichsarbeitsbl. S. 1 225). Danach war die Krisenunterstützung ohne weiteres zugelassen für die Angehörigen der folgenden acht Berufe:

1. der Gärtnerel,
2. der Glasindustrie,

3. der Metall- und Maschinenindustrie,
4. der Lederindustrie,
5. des Holzgewerbes,
6. des Bekleidungs-gewerbes,
7. Bühnenmitglieder,
8. Angestellte (kaufmännische, technische und Büroangestellte).

Außerdem waren die Präsidenten der Landesarbeitsämter in gewissem Umfang ermächtigt, je nach den lokalen Bedürfnissen auch weitere Berufsgruppen in die Krisenfürsorge einzubeziehen, so insbesondere das Spinnstoffgewerbe und in kleineren Orten (bis zu 25 000 Einwohnern), bei besonderen Notständen auch die übrigen Berufe. Für größere Gemeinden hatte sich der Reichsarbeitsminister Sonderzulassungen selber vorbehalten.

Der Erlass vom 15. August 1928 wurde erneuert durch einen Erlass vom 26. Januar 1929 (Reichsarbeitsbl. S. 1 21), der die Befugnisse der Landesarbeitsämter noch etwas ausdehnte.

Die anhaltende Verschlechterung des Arbeitsmarkts zwang in diesen dazu, noch weiter zu gehen. Im Februar 1929 befaßte sich der Reichstag mit der Krisenfürsorge. Unabhängig davon hatte der Reichsarbeitsminister bereits Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister eingeleitet, um für eine weitere Ausdehnung des Personenkreises in der Krisenfürsorge, die zu einer Ausbreitung des Haushaltsanlasses führen konnte, Mittel zu erhalten. Der Reichstag nahm nach mehrstägiger Ausdehnung eine Entscheidung an, die die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen forderte. Die Reichsregierung erklärte durch den Mund des Reichsarbeitsministers, daß sie die Entscheidung ausführen werde, soweit das Gesetz dies zulasse, d. h. soweit eine „andauernd besonders ungünstige Arbeitsmarktlage“ gegeben sei. Hiermit beruht die neue Regelung, die der Reichsarbeitsminister nunmehr unter dem 22. Februar 1929 getroffen hat. Danach gilt folgendes:

1. Ohne besondere Zulassung ist die Krisenunterstützung — wie bisher — den Angehörigen der bereits oben genannten acht Berufsgruppen zu gewähren.

II. Die Präsidenten der Landesarbeitsämter dürfen, soweit ein Bedürfnis dazu besteht, für ihren Amtsbezirk oder Teile desselben folgende Berufsgruppen zur Krisenunterstützung zulassen:

1. Industrie der Steine und Erden,
2. Spinnstoffgewerbe,
3. Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und einschlägige Berufe,
4. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit Ausnahme des Mädlerei- und Getreidengewerbes,
5. Vertriebsgewerbe,
6. Kunstgewerbliche Berufe,
7. Theater, Musik, Schaustellungen aller Art,
8. Maß- und Schankwirtschaft,
9. Verkehrsgewerbe,

10. Fabrikarbeiter, 11. Maschinen und Heizer.

Ausgenommen bleiben also auch künftig namentlich: die Land- und forstwirtschaft, das Baugewerbe, der Bergbau, die Facharbeiter der chemischen Industrie und der Papierindustrie sowie von den ungelerten Arbeitern diejenigen, die nicht Fabrikarbeiter sind (also die ungelerten Arbeiter aller Art). Bei der Land- und forstwirtschaft und dem Baugewerbe war die Ermöglichung maßgebend, daß die Arbeitslosigkeit hier vorwiegend nicht auf den Rückgang der Konjunktur zurückzuführen ist, sondern Saisonscharakter hat. Aus der gleichen Ermöglichung sind auch Angehörige anderer Berufs, deren Arbeitslosigkeit gemäß den Beschlüssen des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als „berufsbildend“ anerkannt ist, von der Zulassung zur Krisenfürsorge ausgenommen.

Für besondere Notstände haben die Präsidenten der Landesarbeitsämter aber noch weitergehende Ermächtigungen erhalten. Konnten sie bisher in Gemeinden mit nicht mehr als 25 000 Einwohnern Angehörige der grundsätzlich nicht zulassenen Berufs (z. B. des Bergbaus) in die Krisenfürsorge einbeziehen, wenn „infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände“ ein „langandauernder schwerer Notstand auf dem Arbeitsmarkt“ bestand, so ist diese Befugnis jetzt auf Gemeinden bis zu 30 000 Einwohnern ausgedehnt. Sie erstreckt sich allerdings nicht mehr auf Personen, für die berufsbildende Arbeitslosigkeit anerkannt ist, sowie auf die ungelerten Arbeiter, soweit es sich nicht um Fabrikarbeiter handelt (also die Angehörigen). Für Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern hat sich der Reichsarbeitsminister die Zulassung weiterer Berufsgruppen vorbehalten. Nur für Arbeitslosen können in diesen größeren Orten von den Präsidenten der Landesarbeitsämter selbständig vorgesehen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß künftig die Krisenfürsorge für fast alle Berufsgruppen gilt; ausgeschlossen sind nur die Saisonarbeitslosen und einige bestimmte Berufsgruppen, für die der Arbeitsmarkt auch heute noch nicht die andauernde und besondere Verschlechterung aufweist, von der das Gesetz spricht. Diese neue Regelung des Personenkreises der Krisenunterstützung gilt vom 25. Februar 1929 an und zunächst bis zum 4. Mai 1929.

Bis dahin muß neu geprüft werden, welche Änderungen des Rechtsgutandes die Lage des Arbeitsmarktes dann erfordert.

Mit der Ausdehnung des Personenkreises hat der Reichsarbeitsminister auch die Dauer der Krisenunterstützung neu geregelt. Bisher betrug die Dauer im Höchstsfall grundsätzlich 29 Wochen, bei Arbeitslosen über 40 Jahre konnte sie ausnahmsweise bis auf 52 Wochen verlängert werden. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes zeitigte begrifflicherweise Wünsche nach einer Verlängerung dieser Fristen. Bei der Ungeklärtheit der künftigen Entwicklung hat der Reichsarbeitsminister es vorgezogen, eine Verlängerung um eine bestimmte Wochenzahl auszusprechen. Er hat vielmehr angeordnet, daß vorübergehend, nämlich bis zum 1. Mai 1929 die Bestimmungen über die Bezugsdauer der Krisenunterstützung „außer Wirksamkeit gesetzt“ werden, d. h. also bis zu diesem Tage niemand aus der Krisenunterstützung ausgeschlossen werden darf. Arbeitslose, die schon aus der Krisenunterstützung ausgeschieden sind, weil sie die bisherige Höchstbezugsdauer erreicht haben, werden wieder in die Unterstützung aufgenommen, wenn sie, sofern es sich um Arbeiter handelt, nicht vor dem 1. Dezember 1928 ausgeschieden sind, sofern es sich um Arbeiter handelt, nicht vor dem 1. Oktober 1928.

Aber die zahlenmäßige Auswirkung der neuen Vorschriften lassen sich nur ungenaue Angaben machen, schon deswegen, weil es eine genaue Statistik der Personen, die die Voraussetzungen der Krisenunterstützung bisher nicht erfüllt haben, sie aber nun erfüllen können, nicht gibt. Man hat aber unter Zuzugung der vorhandenen Statistiken geschätzt, daß, wenn von allen Ermächtigungen zur Erweiterung des Personenkreises Gebrauch gemacht wird, der Zuwachs an Unterstützten etwa 20 % betragen wird. Das würde eine monatliche Mehrausgabe von etwa 5 1/2 Millionen RM. erfordern, von denen 3 Millionen auf das Reich entfallen würden, der Rest auf die Gemeinden. Das Verbot der Massenerwerbsungen hat zahlenmäßig eine wesentlich geringere Bedeutung. Die Zahl der langfristigen Arbeitslosen ist glücklicherweise bei weitem nicht so hoch, wie vielfach angenommen wird. Schätzungsweise sind es etwa 12 000 Personen, die in den Monaten März und April aus der Krisenfürsorge ausgeschieden müßten, wenn die neue Vorschrift über die Unterstützungsdauer ihnen nicht den Weiterbezug gewährleistet.

Nationalitätenkampf oder Minderheitenrecht in Slowenien.

Von Werner Stephan.

Die Slowenen bieten uns das Musterbeispiel eines Nationalitätenkampfes ohne Sinn und Verstand. Ein Kleinkont von 1 1/2 Millionen Menschen, soviel, wie die kleinste preussische Provinz, Schleswig-Holstein, Einwohner hat. Im größten Teil des früher österreichischen Kronlandes Krain und in der Untersteiermark vor zehn Jahren durch den Zusammenbruch der Doppelmonarchie zum Staatsvolk geworden; aber den beiden großen Nachbarn, Italienern und Deutschen, gegenüber nicht hart genug zur Selbstbehauptung. Deshalb eingegliedert in den kaiserslawischen Einheitsstaat, in dem sie sich nur mühsam durch die klare Tatsache ihres noch im Wiener Parlament gescheiterten Führers Korotich und durch Ausnutzung der serbisch-kroatischen Gegensätze, ein Stück Eigenleben, ein Stück praktische Verwaltungssouveränität errungen haben. Der größte Teil der Slowenen, die meisten aber, lebt außerhalb des Staates, den es heute als den seinen empfindet; nur 1 Million Slowenen gehören zu Jugoslawien. In die 100 000 sind bei Österreich verblieben; nicht durch die Gewalt eines Friedensdikates, sondern durch jene Volksabstimmung im Herbst 1920, in der die Mehrheit der Bevölkerung zwischen Karawanken und Wörthersee sich trotz Bevölkerung durch jugoslawische Belagerung für das verarmte, verfallende, von Geldentwertung und inneren Kriegen heimgesuchte Österreich entschieden. Nur zu 30 v. H. war das Wahlmännchen von Deutschen benutzt, zu fast 70 v. H. von Slowenen. 60 v. H. aber der Stimmberechtigten entschieden sich gegen den Anschluß an Jugoslawien und damit für das Heimatland Krain und für die Verbindung mit Wien und dem deutschen Kulturkreis. Das führende slowenische Blatt stellte fest, „die Volksseele in Krain habe instinktiv erkannt, auf welcher Seite die mächtigere innere Kraft wohne“.

Größer ist der Teil, den Italiener an slowenischem Volkstum erhielt. Aber es errang ihn nicht durch moralische Kraft, sondern durch gewalttätige Beizung, durch militärischen Zwang. Schon vor dem Kriege wohnten 50 000 Slowenen in Venetien, in den nach Südtirol abfallenden Hängen der Julischen Alpen um

Cividale herum. 1919 wurden an die 350 000 Slowenen binzugefügt; mit Görz, mit dem Kärntenland, mit Triest, der größten slowenischen Stadt, die unter österreichischer Pflege auf Kosten des italienischen Staates, der unter italienischer immer stärker dem Nationalen Charakter ihrer breiten Volksseele aufgewachsen war. Auch Triest mit seiner slowenisch-kroatisch und italienisch gemischten Bevölkerung und der südwestliche Teil von Krain wurde Italien zugesetzt, die Gegend von Udine mit dem berühmten Quecksilberbergwerk und von Idreßberg mit der wunderbaren Grotte, wo man nie einen Italiener gesehen hatte und die Italianer nur kraft Waffengewalt beansprucht und trotz jener merkwürdigen geopolitischen Dehale, daß alle Gebiete ihm zukamen, die ihre Bäche und Flüsse zur Adria entsendeten.



1 1/2 Millionen Slowenen im ganzen; das kleinste der europäischen Völker nach Albanern und Esten, zu zwei Dritteln dem mehrstämmigen jugoslawischen Staat, zu einem Drittel fremden Staaten angegliedert. Müßte die Nation nicht der Dorfkampf des Minderheitsvolkes in Europa sein, der erste Anlaß der Selbstverwaltungsrechte aller Minorität?

Wie liegt hier zwischen Drau und Adria dieser Gedanke nicht geradezu in grauenhaftem Art und Weise nahegelegt durch das, was ihre Volksgenossen in Italien erleben? Denn im Reich des faschismus sind Deutsche und Südslawen Schicksalsgenossen. Was die 250 000 Südtiroler erdulden müssen an skrupelloser Anekdote und Verdrängung, das haben im selben Maße die 400 000 Slowenen am Görz und Idreß zu leiden. Gemindert höchstens dadurch, daß ein Naturvolk wie dieses slowenische im Gebiet des Jonio keine Kultur von gleicher Höhe und Kraft der Tradition zu verteidigen hat wie das deutsche an Elch und Eisbaer; verdrängt aber dadurch, daß es in seiner Einfachheit noch organisationschwächer, also wehrloser ist. Seit dem Vorkrieg haben die Slowenen den äußersten Maßnahmen der Entnationalisierung von Seiten der



Marburg a. d. Drau

Selberturm

Für ihr eigenes Herrschaftsgebiet haben die ersten Ansiedler gegeben, daß sie die Folgen aus der Geschichte dieser 10 Jahre, aus der Situation ihres eigenen Volkes zu ziehen bereit sind. Gewiß entspricht die Grenze Sloweniens gegen Österreich, nachdem der südliche Teil Kärntens selbst bedrängt wurde, zum größten Teil dem allein gerechten und modernen Selbstbestimmungsprinzip. Nur an der Drau fließt eine Kinde. Dort wurde die Stadt Marburg mit den deutschen Dörfern ihrer Umgebung wider Willen ohne Zustimmung zu Jugoslawien angeschlossen. Ebenso erging es dem kleinen Kärntner Teilgebiet von Unterdravina und dem Stubaiertal von Pränal. Als die deutsche Bevölkerung Marburgs, um die Volksbefragung zu erzwingen, vor einer amerikanischen Untersuchungskommission demonstrierte, wurde sie mit Schüssen auseinandergetrieben. Die Entnationalisierung dieses nördlichen Randes von Slowenien ist seitdem nicht weniger gewaltvoll betrieben worden als die Einbeziehung in den jugoslawischen Staat. In Marburg wurden über 50 deutsche Vereine aufgelöst, das Theater und das deutsche Vereinshaus wurden einschließlich Bibliothek und Silbergerät beschlagnahmt, Studenten- und Mädchenheim geschlossen, die zwei Volkshäuser fürgenommen. Deutsches Kulturerbe, Anlagen, wie Theateraufführungen und Kiebsarbeiten, wurden nach Möglichkeit verhindert, zum Teil mit Gewalt. Noch vor vier Jahren wurde eine deutsche Feier sogar durch Bombenlegung unmöglich gemacht, nachdem der Aktionsausschuß der slowenischen Parteien und Vereine seine Anhänger aufgepuscht hatte. Im Aufmarsch der slowenischen Nationalisten vom Frühjahr 1923 heißt es beziehungsweise: „Solange die Orjuna arbeiten wird, wird sie keinerlei politische oder nationale Tätigkeit der Deutschen in Slowenien zulassen. Jeden derartigen Versuch wird sie mit der Gewalt ihrer satanischen Mittel verhindern.“

Die Verhältnisse haben sich seitdem um ein gewisses Maß gebessert. Daß noch keine grundlegende Änderung in der Einstellung der Slowenen zur Minderheitenfrage zu verzeichnen ist, beweist aber die Abhebung des deutschen Führers Morocutti, des bekanntesten Publizisten der europäischen Minderheitenbewegung. Seine enge Gemeinschaftsarbeit mit

Italiener ausgeübt. Fast ebenso lange kämpfen sie dagegen Hand in Hand mit den deutschen Minoritäten des italienischen Staatsverbandes. Die Slowenen stellen den Führer der europäischen Bewegung zum Schutz der Minderheiten, Dr. Wilfan, Triester Abgeordneter im römischen Parlament, ist seit Jahren Leiter ihrer internationalen Kongresse. Jahr für Jahr reißt er den neuen wie den alten Staaten ins Gewissen, weist er den Völkern hin auf all die Schäden der Entnationalisierungspolitik, auf die Gefahren, die sich aus der Vergewaltigung von Millionen europäischer Menschen in fremden Herrenstaaten ergeben. Wilfan ist das gute Gewissen seiner Nation. Er hat die Fage, die wirklichen Bedürfnisse seiner Volksgenossen erkannt. Aber was hat er mit seinem Vorbild praktisch erreicht?



Marburg a. d. Drau

Was in der kleinen, national umfrittenen Grenzzone um Marburg herum geschieht, wiederholt sich in den anderen Teilen Sloweniens, die lediglich ein Infeld deutsch sein können. Das Draugebiet zählte bei der Abtreibung an Jugoslawien etwa 40.000 deutsche Bewohner, die sich inzwischen durch Verdrängung und Abwanderung beträchtlich vermindert haben. Südlich davon sind in der Untersteiermark seit 10 Jahrhunderten nur die Städte deutsch: Cilli, Pettau, Rann, Windischgrätz und Littenberg. Kleinstädte nach reichsdeutschen Begriffen, aber voll deutschen geistigen und wirtschaftlichen Lebens. Auch hier wurden die Mittelpunkt deutscher Vereins- und Kulturarbeit beschlagnahmt oder verrichtet, die deutschen Schulen aufgehoben. Seit von Belgrad her Schulverordnungen herauskommen, die eine umfassende Unterdrückung des deutschen Schulwesens nicht mehr zulassen, blüht man sich auf dem Verwaltungswesen. Eifern zur Anmeldung deutscher Kinder für deutsche Schulen dürfen eingeleitet werden. Aber die Unterzeichner werden dann auf die Polizei bestellt und mit allerhand Schikanen und Prellereien zur Rücknahme der Anmeldung veranlaßt, bis die vorgeschriebene Schullerzahl nicht mehr vorhanden ist. Wirtschaftlicher Vortritt ist gegenüber der fleißigen deutschen Bevölkerung eine ständig geliebte Methode. Die deutsche Presse wird so sehr wie nur möglich beschränkt und eingeschüffelt. Troßdem beginnt jedes Infelddeutschtum, das bis 1918 im Rahmen der zu zwei Dritteln deutschen Steiermark und im Besitze wirtschaftlicher und kultureller Überlegenheit sich so behütet gefühlt hatte, sich wieder zu erholen. Alle Verwurzelung kann auch durch furchtbare Ärgernisse nicht einfach gelöst werden. Auch bilden die Deutschen in den anderen Teilen Jugoslawiens eine Stütze, mehr als jene 500.000 Deutschen im fruchtbarsten Teil der Donau, die sich im Belgrader Parlament wohl zur Geltung bringen können — sie, die früher so weit vom deutschen Gemeinschaftsleben entfernt waren, bilden nun den Kristallisationspunkt für die verstreuten Deutschen anderer jugoslawischer Gebiete, die sich ehemals im Bannkreis von Wien und Graz so überlegen vorkamen.

Noch einen starken Stützpunkt besitzt das Deutentum in Slowenien selbst: Gottschee, die alte deutsche Sprachinsel im äußersten Süden von Kroatien, heute schon an der italienischen Grenze gelegen. Alsömmliche thüringisch-fränkischer Einwanderer, vor 600 Jahren von einem deutschen Grafenbesitz in eine Wildnis gerufen, sind sie, durch slowenisches Siedlungsgebiet von allen Stammesgenossen getrennt, im Pionieren deutscher Kultur nahe der Adria geworden. Der Vergleich mit den Siebenbürgern Sadten liegt nahe. Aber die Unterschiede sind doch groß. Ein kleines Völkchen, nur 18.000 deutsche Menschen mit einer kleinen Stadt von 3000 Einwohnern. Keine folge deutsche Metropole wie Hermannstadt oder Kronstadt, sondern ein hübscher, sauberer, kleiner Flecken. Keine reichen deutschen Dörfer wie im Sargental oder am Kofel. Ein armes Land; „viel Steine gibt's und wenig Brot“. Andere deutsche Inseln haben sich erhalten, weil die Deutschen reicher waren als ihre Umgebung und weil sie durch Wohlhabenheit herrschten; vielleicht hat sich das Gottscheer Land rein deutsch erhalten, weil es so bitter arm ist und der Umgebung so gar keinen Anreiz bietet. Jetzt gibt es ein Braunkohlenbergwerk, dessen schlechte Kohle für Jugoslawien schon von Wert ist, slowenische Arbeiter in die Stadt, die damit ihren rein deutschen Charakter verliert. Aber im ganzen gibt es hier keine Entnationalisierung, weil es keine Völkermischung gibt. Die Schulen sind wenigstens gemischtsprachig, wenn auch die von Kalbach



Gottscheer, Dorfkirche in Malsga



Sella

Hauptplatz



Eine der wenigen Quellen bei Gottschee (Windischgrätz)



Mitterdorf bei Gottschee

das Gottscheer Deutschtum wäre gesichert, wenn nur die wirtschaftliche Eigenart gesichert wäre. Vielleicht verheißt ihm die genossenschaftlichen Zusammenflüsse des deutschen Bauerntums in Jugoslawien zu besseren Wirtschaftsmethoden. Auch der Entschluß zu industriellem Nebenerwerb der Männer und erwachsenen Kinder, die bisher Jahreshanderte hindurch lieber auf Hausherhandel zogen, könnte segensreich sein. Und die strategische Lage, die Südslawen von hier zur Adria bauen will, könnte plötzlich den Strom der deutschen Reisenden auf kürzestem Wege durch das Ländchen zum Südmittelmeer leiten. Manah einer wie dann sicher bei den Naturschönheiten dieser felsigen unbearbeiteten und abgelegenen deutschen Insel, wo verfallene Burgen in tiefen, noch von Bären und Wölfen bewachten Wäldern leben, verweilen und so gleich ins Land bringen, das heute noch kaum Fremdenbesuche kennt. Vielleicht würde auch das dazu beitragen, die Auswanderung nach Amerika (besonders nach Kanada) einzudämmen, die heute manche Dörfer entvölkert und so eine ernste Gefahr für das Gottscheer Deutschtum bedeutet.

*

entfandten Lehrer häufig höchst mangelhaft sind. Der Gottesdienst ist deutsch, und die deutschen Sitten können nach Jahren anglicanischer Verwahnung und selbständiger Einschränkungserfahrungen — wieder in Trachten und Sänge-festen gepflegt werden. Ein gewalttätiger Amtsbürgermeister slowenischer Nationalität wurde befestigt, und die Zukunft

Stadtkirche und Theater in Petton
GSD-Steiermark (jetzt Jugoslawien)

An die 20 000 Deutsche wohnen in Slowenien, nach einige Tausend Slowenen mehr wohnen in Kärnten. Was liegt näher als ein Gegenseitigkeits-abkommen, das beiden Völkern ihr nationales und kulturelles Leben sichert? Noch ist man in Slowenien weit von der Bildung des alteingesessenen Deutschtums entfernt, deren sich die Kärntner Slowenen erfreuen. Ist nicht die Bekämpfung der Slawen in Italien Warnung genug? Selbst in einem slowenischen Aufsatze aus dem Jahre 1925 heißt es im Gegenteil: „Unter Volk in See kann kaum leben, weil die vorüberziehende italienische Nation, der wir nie etwas zuleide taten, es vernichten will. Wir Slowenen aber als vorüberziehende Nation sollen unseren einseitigen Unterdrücken gestatten, daß sie uns das Heilige anspielet!“ Deutsches Kulturleben (der deutsche Verein wollte eine Silberfeier veranstalten) erschien den Slowenen merkwürdigerweise als Verhöhnung. Die Zeit heißt vieles. Sie wird hoffentlich ein Kleinod, das trotz seiner schwierigen nationalen Lage vor Machttransformation die klare Richtung verloren hatte, den Chauvinismus überwinden helfen. Könnten die Kärntner nicht entschlafen, die Kulturautonomie, über die seit zwei Jahren verhandelt wird, trotz übertriebener und den Grundgesetzen des Minoritätenrechtes widersprechender slowenischer Forderungen durchzuführen, so würde auch das den Deutschen auf der anderen Seite der Grenze vorwärts helfen. Vielleicht kommt dann die Zeit, wo die Slowenen merken, was ein Deutscher wie Moravcuzzi und ein Landsmann wie Wilfan für sie als Führer in ein besseres befriedetes Europa bedeuten.



Wobolaberger Grotte

Zur Zeitgeschichte

Reichsarbeitsminister Wissell 60 Jahre.

Vor vierzig Jahren übernahm in Kiel ein zwanzigjähriger Metallarbeiter der Corderoverkett den Vorsitz seines Berufsvereins. Am 8. März 1929 ernannte ihn die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Kieler Universität zum Ehren doktor. Die Ehrung gilt nach der Ernennungsurkunde „dem Sohne des Volkes, der in jedem Ringen zur Führung emporstieg, dessen Denken und Handeln darauf gerichtet ist, durch organische Wirtschaftserneuerung die Idee einer Gemeinshaft aller

Schaffenden zu verwirklichen, der die fernen Aufgaben eines am Arbeit und Verantwortung reichen Lebens der Wissenschaft geschenkt hat. Die Frucht seiner Eilung gibt jedoch die Arbeitsgemeinschaft deutscher Handwerkskulturen als zweifelhafte, umfassendes Werk heraus. „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit.“ Es ist eine Arbeit, die Forschungsergebnisse aus fünfundsiebenzig Jahren umfaßt. In dieser Zeit wurde aus dem Metallarbeiter Wissell der kühnste Arbeitersekretär und dann einer der besten des Zentralarbeitssekretariats der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands, der Volksbeauftragte und Reichswirtschaftsminister, der amtliche Schlichter für Groß-Berlin und der Reichsarbeitsminister. An den großen Gestaltungsfragen des jüngst vergangenen Viertelhundert hat Minister

Wissell nicht nur tätigen Anteil genommen, in den großen Zeiträumen der Sozialisierung und der Planwirtschaft, längst erst wieder in der Krise und dem Kampf um das Schlachtungsweesen, hat er gehalten und zeitweise entscheidend eingegriffen. Es ist ein eigenartiges Begleitmotiv dieses Lebens, von dem jetzt die große Öffentlichkeit zum ersten Male hört, daß dieser Mann dabei zugleich historische Studien trieb.

Der Arbeitsminister Wissell gehört zu jenen neuen Kräften von Format, die aus dem Urhohn der Gesellschaft, dem Proletariat, und ihrer sozialen Organisations, den Gewerkschaften, emporgestiegen sind. Die Weimarer Verfassung gab diese Männer dem Staat, dem sie gehören. Die deutsche Republik ehrt sich selbst, wenn sie diese Persönlichkeiten auszeichnet. — Durch das Leben des Arbeitsministers geht eine klare Linie. Der Ausgangspunkt seiner öffentlichen Tätigkeit ist das Arbeitersekretariat, die Reichsausschüsse und Beratung, der Kampf um das Arbeitsrecht und seine Gestaltung. Der Weg führte ihn bis zum hohen Amte des Ministers und Wobolaberger Grotte des deutschen Arbeitsrechts. Damit steht der Sechzigjährige nach wie vor dort, wo er immer gestanden hat: im Brennpunkte der öffentlichen Kritik, Licht und Schatten verteilt die Geschichte, nach Zentimeter und Millimeter ausgemessen. Die Aufgabe der Lebenden ist es, die Persönlichkeit zu werten und sich ihrer tätigen Gegenwart zu freuen. So schließt sich der „Heimatdienst“ von Herzen gern den vielen Gestalten an.



Nach dem Leben gezeichnet von Rudolf Schiller

Das Minderheitenproblem in Genf.

he. — Auf der Tagesordnung der 54. Tagung des Völkerbundesrates stand folgender Antrag Deutschlands: „Die Garantie des Völkerbundes für die Bestimmung zum Schutze der Minderheiten.“

Die Vorgeschiedte dieses Antrages ist bekannt, ebenso der Zusammenhang zwischen dem deutschen und politischen Außenminister auf der letzten Ratsversammlung im Dezember d. J. in Genf. Die damalige Herausforderung Joleffs hatte Dr. Stresemann veranlaßt, sich aus dieser Antrag anzufügen, da aus den Worten des polnischen Ratsexpressers ein Geiß über die Minderheitenverträge sprach, der nicht unüberprüfbar bleiben konnte. Und dieser Geiß, der seine Auswirkung sehr oft in die politische Praxis polnischer Innenpolitik umfloss, entging nicht zuletzt einer Theorie, die der britische Vertreter Mello-Franco auf der Begründung des Völkerbundes im Jahre 1925 aufstellte, wonach die Minderheitenverträge doch eigentlich nur dazu da seien, den Übergang oder die Assimilation der Minderheiten durch das Mehrheitsvolk vorzubereiten. Obwohl diese Bemerkung damals als rein persönlich gemacht wurde, war es soweit gekommen, daß Politik, der griechische Vertreter im Völkerbund, im Jahre 1928 den Versuch unternahm, die Erklärung Mello-Franco als einen Befehl des Rates zu zitieren. Der Zeitpunkt, hier klare Begriffe zu schaffen, war durchaus gegeben, zumal eine reiche Sammlung von Erfahrungen es uns geboten erschienen ließ, die grundsätzliche Seite des Minderheitenproblems aufzuwerfen.

Die Behandlung der Frage im Völkerbund leitete der kanadische Delegierte D. A. D. A. mit einem Memorandum über die Verbesserung des Verfahrens bei Minderheitenbeschwerden ein und gab hierzu eine kurze erklärende Begründung. Sie gab den Anlaß zu der großangelegten Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Minderheitenproblems seit dem Versailler Vertrag und der Schaffung des Völkerbundes gab und die Verpflichtungen des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten hervorhob. Dr. Stresemann betonte, daß das Minderheitenproblem sich nicht in Einzelfällen von Menschen und Völkern erschöpfe, sondern eine kindig zu beachtende Aufgabe der Staaten und des Völkerbundes sei, daß grundsätzlich auf keinen Fall daran gedacht werden könne, die Minderheiten allmählich von den staatlichen Majoritäten aufzuheben zu lassen, sondern daß ihr Recht auf Wahrung und Pflege ihrer kulturellen, religiösen und sprachlichen Eigenarten gesichert und geschützt werden müsse. Dadurch werde der Sache des politischen Lebens am besten gedient. Dr. Stresemann sagte seine Rede in einer Reihe von prägnanten Schlussfolgerungen zusammen, in denen er dem Rat eine sorgfältige Prüfung der Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verfahrens in Minderheitenfällen zur Erwägung stellte, und die Einigung einer beschränkten Präzisionskommission verlangte. Der nachfolgende Eindruck, den diese mit ruhiger fadlicher Einbringlichkeit gehaltene Rede des deutschen Ratsmitgliedes hinterließ, konnte auch durch die anschließende Debatte nicht verwischt werden, obwohl die meisten Redner sich in ihren Darlegungen in anderen Bahnen bewegten. Von besonderer Bedeutung in dieser Debatte ist aber die positive Erklärung des englischen Außenministers Chamberlain, der in jeder Form von Mello-Franco und seiner Assimilationstheorie abrückte, und ferner sein Eintreten für die Einsetzung einer Studienkommission, die die einschlägigen Fragen nach allen Richtungen hin ventilieren sollte.

Nach langwierigen Verhandlungen hinter den Kulissen ist dann schließlich die von dem Berichterstatter Adachi (Japan) zur Weiterbehandlung der Minderheitenprobleme vorgeschlagene Kompromisslösung angenommen worden, wonach ein vorläufiger Arbeitsausschuß, bestehend aus dem japanischen (Adachi), dem englischen (Chamberlain) und dem spanischen (Quinones de Leon) Ratsmitglied eingesetzt wurde. Dieser Arbeitsausschuß hat unter Berücksichtigung der verschiedenen bei der Aussprache über den deutschen und kanadischen Antrag geltend gemachten Gesichtspunkte das in Betracht kommende Material zu sammeln und kann auch Bemerkungen der Regierungen mit Minderheitenverpflichtungen und jedes anderen Völkerbundesstaates entgegennehmen. Diese Bemerkungen werden bis zum 15. April eingereicht sein. Auf Grund dieses Materials wird das Berichterstatterkomitee einen Bericht ausarbeiten, den der Völkerbundsrat, der hierfür als Ratskomitee unter Einbeziehung sämtlicher Ratsmitglieder zusammentritt, einer ersten Prüfung, und zwar vor der nächsten Ratsversammlung, unterziehen wird.

Was im Augenblick durchzuführen war, ist gewiß ein Kompromiß, aber ein solcher, der keineswegs als belanglos hingestellt zu werden verdient. Mit ihm war einmal die ursprüngliche, besonders von Polen geforderte Idee, die Angelegenheit bereits in dieser Märztagung zum Abschluß zu bringen, fallengelassen worden. Ferner hat der von den Deutschen und dem kanadischen Vertreter erhobene Widerspruch dazu geführt, die Entscheidung über die weitere Behandlung des Problems nicht dem Berichterstatterkomitee zu übertragen, sondern sie auf den Rat in seiner Gesamtheit übergeben zu lassen. Dadurch, daß man bestimmt hat, daß der Bericht über die Völkerbundsversammlung allen Mit-

gliedern des Völkerbundes zugesandt werden solle, und daß alle Nationen das Recht hätten, ihre Bemerkungen zu diesem Bericht an den Vorliegenden dieses Komitees zu senden, ist jeder Nation der Weg freigegeben, sich an den Vorsitzenden des Komitees zu wenden und Stellungnahme zu der vorliegenden Frage vorzubringen. Nicht nur für diejenigen Staaten, die von Minoritätsbestimmungen unterliegen, sondern auch für diejenigen, die an einem Schutz der Minderheiten interessiert sind. Demnach können auch Staaten, wie Ungarn, Bulgarien u. a., ihre Bemerkungen einreichen. Mit diesem Beschluß ist also die Gewähr gegeben, daß der ganze Völkerbund an der weiteren Behandlung des Minderheitenproblems mitarbeitet und ferner, daß das Minderheitenproblem vor der nächsten offiziellen Ratsversammlung und unter überwiegender Beteiligung der Ratsmitglieder selbst einer gründlichen Prüfung unterzogen wird. Man glaubt, daß für die Tagung des Ratskomitees San Sebastian in Betracht kommt. In der offiziellen Tagung, die diesmal in Madrid stattfinden wird, dürfte der Rat über die endgültige Fassung des Berichtes zu befinden haben.

Deutschlands Außenminister war sich von vornherein klar, bei seinem Kampf in Genf um die Rechte der Minderheiten sich einer ziemlich gescheiterten Front gegenüberzusetzen. Auf den ersten Antriebe alle Widerstände zu brechen, war unmöglich. Als Altruismus bleibt aber die Tatsache, daß Deutschland die Minderheitenfrage in Gang gebracht und sie in den Brennpunkt der internationalen Diskussion gestellt hat. Den moralischen Erfolg der deutschen Verteidigung feilschender Minderheitenrechte wird niemand leugnen können. Und der Dank des Präsidenten des Europäischen Minderheitenkongresses, Dr. Wilson, in Genf, den dieser im Namen aller deutschen Volksgenossen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann für sein eindrucksvolles Auftreten im Rat zum Ausdruck bringt, ist Beweis genug für diese Tatsache.

Zur Amtseinführung des neuen Präsidenten in U.S.A.

Hatte schon das Wahlergebnis im November die Hauptlinien der einflussreichsten Politik erkennen lassen, so hat nun der neue Präsident als der einunddreißigste der Vereinigten Staaten mit dem eindrucksvollen Pomp, den das amtliche Amerika an diesem einzigen Tage, dem 4. März, traditionell entwickelt, die Grundlinien seiner Politik für die nächsten vier Jahre in seiner Botschaft bei der Erbsagung klar umrissen.

In Europa interessiert in erster Linie, was Hoover zu den europäischen Angelegenheiten zu sagen hat. Den Grundinstinkten des amerikanischen Volkes Rechnung tragend, die ihn dort so besonders populären Missionspredigten, kommt Europa eigentlich nur unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus und der Erhaltung des „Weltfriedens“ in Betracht. Hierfür wird Amerika stets zu haben sein. Als prägnantes Beispiel bezeichnet er hierfür das Haager Friedenstribunal, bisher noch unfruchtbar, und Gegenstand sehr eifriger Propaganda einer zahlenmäßig nicht allzu großen, dem individuellen Gewicht nach allerdings bedeutsamen Gruppe, hat somit der Haag eine wichtige amtliche Anerkennung gefunden. Fernerhin verbleiben die programmatischen Forderungen Amerikas in Bezug auf Abrüstung. Hier dürften allerdings die eindrucksvollen Erklärungen des auscheidenden Präsidenten aus den letzten Tagen, welche geradezu auf das alte europäische „*à vis pacem*“ herauslaufen, nicht die geringste Abmilderung erlangen. Deutlich ist die Abgabe an diejenigen, welche noch etwa Hoffnungen setzen sollten auf den Eintritt in den Völkerbund. Im ganzen fühlt man eine verhältnismäßige Sicherheit durch, daß man auch ohne sichtbaren Apparat heute nicht zu fürchten braucht, die eigentliche Fühlung mit dem Lebenspuls Europas namentlich



Atlantic Photo-Co.

in allen Fragen des Wirtschaftlichen zu verlieren. Dies braucht nicht bedeutet zu werden als Desinteressement an Europa, wenn man auch versucht sein könnte, in der so starken Betonung der Interessen am Ausbau idealer Beziehungen zu den zentral- und südamerikanischen Staatengebilden eine mindestens vorübergehende Ablage an Europa zu erblicken.

Einmal zu erörtern. Der zweite, ebenfalls fast die Ernennung des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten (des Staats) Henry Lewis Stimson. Stimson, neugebärbiger Herkunft, bereitete sich auf der Yale-Universität (einer der ältesten und „als durchaus aristokratisch“ geltenden Universitäten) auf den Rechtsanwaltsberuf vor, von welchem aus er wiederholt den Weg in führende politische Stellungen fand, und in den Tagen von Roosevelt in die Stellung eines Generalstaatsanwalts, in welcher Stellung er sich namentlich in der Bekämpfung der Trusts einen Namen machte. Es wäre für ihn ein großes Gewissen, sich im Weltreise Wilson in Washington zur Verfügung zu stellen; statt dessen zog er, wie wir oben schon gesehen, eine Verleumdung an, die gegen ihn und gegen den Außenminister selbst gerichtet war. Er wurde, und zwar in der außerordentlich wichtigen Position des Gouverneurs der Philippinen. Hier ist es ihm als erstem gelungen, eine Mitbeteiligung der eingeborenen Elemente an der amerikanischen Regierungsmaschinerie durchzuführen. Besonders betont wird von den Amerikanern in eben dieser Art seiner Amtsführung der Zug vom Imperialistischen ins Humanitäre, so ganz den fundamentalen Volksinstincten Amerikas entsprechend, was sich ja auch in dem von America geschaffenen Institute of Pacific Relations in Honolulu befindet. Weitere liberalisierende Bestätigung gerade für die Stellung eines politischen Führers finden wir in der Ernennung des neuen Staatssekretärs, der, wie wir oben gesehen, in den letzten Jahren des Wilson'schen Kabinetts in das Kabinett von Herbert C. Hoover, der erfolgreich durchgeführten Schiedsrichterkolle im Nicaragua-Streitfall. Eine gewiß recht beachtliche Vereinigung von Fähigkeiten des Verwaltungsbeamten, des Ministers und des Außenpolitikers.

Will man also die außenpolitischen Tendenzen, soweit dies überhaupt im Augenblick möglich ist, einer Schätzung unterwerfen, so hat man es wohl für die nächsten vier Jahre schwerlich mit einer Politik des Hemdärmels zu tun, sondern mit einer starken, wirksamen, zielbewußten. Und ohne das hierfür das Kabinett Hoover formal verantwortlich gemacht werden kann, ist sie schon als ausgesprochen „nationalistischer“ Gesichtspunkten dienend gebildet worden: nämlich der Entscheidung über das Einwanderungsgesetz. Ist das Erlaufen über diese Entscheidung, welche gerade die deutsche Einwanderungsquote besonders hart trifft und in Deutschland sowie vielleicht noch stärker unter den Amerikanern deutscher Abkunft als ein sehr unangenehm empfunden wurde, auch zu einem gewissen Grade anzuerkennen, so ist doch die Haltung der amerikanischen „formalistischen“ Beobachter — falls eine solche Entscheidung doch nur dadurch möglich geworden, daß man sich heute an allen maßgebenden Stellen im Verlaufe eines hundertprozentigen Amerika-Programms durchaus auf vollständigen Boden stellen darf.

Auf das Äußere gehen stellt sich die Notwendigkeit des Präsidenten aus nicht allein noch um mehrere Nuancen präziser als feinerseits im Titel der Wahlkampagne auf das damals zugrunde gelegte Programm ein. Im hohen Preis, und zwar mit ausdrücklicher Ermahnung zum Selbstopfer des Einzelnen, der davon, sollen sich nicht nur die Einzelnen, sondern gerade der Dringlichkeit der Lage, sondern praktische Konsequenzen auf gesellschaftlichem Wege an die ja auch von Hoover persönlich selbstgelebte Not der Landwirtschaft. Betont wird das weiteren die Wichtigkeit auch der wissenschaftlichen Erfassung störender Faktoren im Wirtschaftsleben der Nation, seien die elementare (Misswirtschaftsüberdrehung) der Vereinigten Staaten dagegen wird deutlich den gesellschaftlichen Körperphänomenen der Landeswertungen als Aufgabe überlassen.

Wie bereits anläßlich der Wahl Hoovers im „Heimatdienst“ hervorgehoben wurde, ist Hoover Quäker, womit wohl über allen Zweifel auch die Gleichheit seiner persönlichen Einstellung in der Frage der Durchführung des Prohibitionsgesetzes zum Ausdruck gelang. Ein Quäker, mit einem Stammbaum, dessen ursprüngliche Wurzeln in süddeutscher Scholle (Baden) festgehalten worden sind, dessen gesamte veränderte soziale und ethische Orientierung indessen mindestens ebenso zweifellos heute als im Angehörigentum verankert und durch dieses bestimmt angesehen werden muß.

Der deutsch-litauische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag.

Am 19. Februar d. J. unterzeichnete der litauische Staatspräsident Smetona die Ratifikationsurkunde des deutsch-litauischen Handels- und Schiffsabkommens, der am 30. Oktober v. J. in Berlin nach langwierigen, etwa 2½jährigen Verhandlungen nebst einem Konjular- und Rechtserweisabkommens von beiden Partnern unterzeichnet und am 7. Februar d. J. vom Deutschen Reichslage angenommen worden war. Am 22. Februar erfolgte in Königsberg

Austausch der Ratifikationsurkunden. Gleichen Tags trat der Vertrag in Kraft. Er bildet das Kernstück eines größeren

vertragsrechts in zehn Verträgen, von denen acht bereits abgeschlossen sind. Der alte, am 1. Juni 1925 unterzeichnete, aber erst am 5. Mai 1926 ratifizierte Handelsvertrag entsprach nicht mehr den Bedürfnissen beider Länder und bedurfte dringend einer Revision, doch erwies es sich, daß Deutschlands insbesondere die Interessen des gleich wichtigen vornehmlich agrarischen Ölkongresses zu berücksichtigen waren und in Eitauen die Gefährdung der deutschen wirtschaftlichen Abhängigkeit überleben eingeschätzt wurde, daß der Interessenausgleich trotz der guten politischen Beziehungen auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten stieß. Nach der Unterzeichnung des Vertrages legte in der litauischen Oppositions- presse, den Blättern der christlichen Demokraten und der Volkssozialisten ein Sturm der Entrüstung ein, dem jedoch nur allem politischen Motive zugrunde lagen. Die litauische Opposition wollte sich die Gelegenheit zu Angriffen gegen die Regierung nicht entgehen lassen und wurde daher von den Staaten, denen eine Annäherung zwischen Deutschland und Litauen nicht in ihre Politik paßt, leicht beeinflusst. Diese Blätter machten der Regierung Vorwürfe, sie hätte ihr Land den Deutschen zur Kolonisation ausgeliefert, „verkauft“, ohne dafür erhebliche Vorteile erhalten zu haben, und behaupteten, Deutschland hätte eine politische Zwangs- lage Litauens rücksichtslos ausgenutzt. All diese Vorwürfe sind leicht zu widerlegen, da die neuen Vereinbarungen mit ganz unbedeutenden Ausnahmen gegenentlitauischen Charakter haben und die beiderseits bestehenden Wirtschaftsverbindungen, aus Deutschland verpflichtend, den Staaten, mit denen Litauen Wirtschaftsverbindungen eingegangen ist, nicht aufzuheben, diese Verbindungen zu stärken. Mit gleichen Gründen könnte daher auch von einer Deutschland drohenden Gefahr der litauischen „Kolonisation“ Ölkongresses gesprochen werden. Der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands dürfte es allerdings weit eher gelingen, machebenden Einfluß auf die litauische Wirtschaft zu erlangen, als es umgekehrt der Fall sein könnte, aber wenn der stärkere Partner, d. h. Deutschland, sich mit dem Grund- satz der Gegenseitigkeit begnügt und nicht größere Vorteile er- zwingen hat, dürfte doch wohl die Tatsache, daß er das größte Gewicht auf die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses gelegt hat, unmerkbar sein.

Die Heftigkeit der insbesondere von auswärtigen Einflüssen angeregten Opposition läßt freilich erkennen, daß es sich hier nicht um einen der üblichen Meißbegünstigungsverträge der Nachkriegszeit handelt, sondern daß der in seiner Bedeutung vielerlei unterfahrliehe Vertrag von ganz besonderer außenpolitischer Bedeutung ist. Die in dem Vertrag vornehmlich ausgedröhten Vorbehalten, nur den baltischen Staaten Zettland und Estland als Meißbegünstigung einzuräumen, und Deutschland daß diese „baltische Klausel“ anerkannt. Dagegen werden weder der Sowjetunion noch Polen solche Vergünstigungen in Aussicht gestellt, wie ja auch der bisherige deutsch-litauische Vertrag die „russische Klausel“ nicht enthält, und so auch im neuen Vertrag Polen den baltischen Staaten nicht gleichgestellt wird. Der Vertrag ist dessen Geltungsdauer also für eine Zeit von 10 Jahren bestimmt, und ist nicht, wie die meisten Meißverträge, auf unbestimmte Zeit, auf unbefristete Zeit das gegenseitige bilaterale Sonderergünstigungen unmöglich gemacht, und auch der Ilmuweg zu ihnen über den neuen estländisch-polnischen Handelsvertrag, der alle Estland zugewandenen Vergünstigungen auch auf Polen überträgt, ist für Polen nicht befriedbar. Die Befugnis der „russischen Klausel“ in den neuen Vertrag unterfahrliehe, daß die russische Meißbegünstigungsbefugnis nicht nur auf die wirtschaftliche Anlehnung an Polen, sondern auch auf eine solche an die Sowjetunion verzichtet, dagegen den Weg zum engeren Zusammenhange mit Zettland und Estland offenzulassen.

Der Handelstrag ist ein Instrument ohne Carlislanlage, das in tariflicher Beziehung auf den Bestimmungen des Vertrages von 1923 aufgebaut ist. Er ruht auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung, gewährt aber darüber hinaus den Angehörigen der Vertragsstaaten vielfach — namentlich in der Niederlassungsfrage — Inländerparität. Die ersten drei Artikel regeln das Niederlassungsrecht in liberaler Weise, indem sie den Angehörigen der Vertragsstaaten in bezug auf Handel, Gewerbe und Schifffahrt die den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Staaten gewährleisteten Vorrechte, Befreiungen und Vergünstigungen aller Art und, innerhalb der von den Landesgesetzen bestimmten Grenzen, also den Inländern auch volle Freiheit zur Ausübung jedes Art von Handel, Gewerbe oder Beruf, sofern das Landesgesetz diesen Beruf nicht ausdrücklich ausschließt, zu verschaffen. Unter der Voraussetzung der Wahrung der Handelsvorschriften Angehörigen eines Vertragsstaates das Gebiet des anderen Staates frei betreten und bereisen, sich darin aufhalten und niederlassen und es jederzeit frei verlassen. Die bestehenden kaiserlichen Vorschriften über die Zoll- und Pafskontrolle für Ausländer bleiben in Kraft. Den Angehörigen der Vertragspartner werden für ihre Person und für ihre Güter die Rechte der Inländer auch auf den Gebieten der

Steuern, Zölle, Gebühren und anderen Käsen, des Arbeitsschutzes, der öffentlichen Fürsorge, der Arbeitsgesetzgebung und der Sozial- und Arbeitslosenversicherung usw. Im alten Vertrage war nur von einer „wohlwollenden Behandlung“ die Rede. In Bezug auf den Erwerb, den Besitz und das Verfügungsrecht über bewegliches und unbewegliches Vermögen räumt der Vertrag allerdings nur Mitgliedsbürgerrechte ein. Kitanen hat sich das Recht vorbehalten, das Niederlassungsrecht durch Handelsbestimmungen einzuschränken, und hat das bisherige Verbot des Handelsverkehrs durch Ausländer in Kraft belassen. Somit gibt der neue Vertrag für die litauische Bevölkerung einer „Überschwemmung“ Kitanen durch deutsche „Monopolisten“ keinen Anlaß. Im Schlussprotokoll zum Vertrage ist der Abschluß eines Abkommens über die Saisonarbeiter und die Einschränkung des Rechts zur Weiterarbeit der deutschen Fischereiarbeiter im Memelgebiet sowie eine Regelung der Saisonarbeiterfrage vorgesehen, ferner wird vollständige Gleichstellung in Sachen der Aufenthaltsgewährungen in Aussicht gestellt. Das am 16. Juni 1925 unterzeichnete Zusatzabkommen über den kleinen Grenzverkehr erwartet jetzt seine Ratifizierung.

Unverändert geblieben sind die Artikel über die Ein-, Aus- und Durchfuhr der Waren, in denen auf jedes Verbot, so wie es sich nicht auf die öffentliche Sicherheit und den Gesundheitschutz für Tiere und Pflanzen handelt, als unstatthaft verurteilt wird. Dieser Fragenkomplex war das Hauptthema der Verhandlungen, und da deutschseits nur ein begrenztes Kontingent von Vieh und Fleisch aus Litauen auf die östpreussische Landwirtschaft und auch auf etwaige Mitgliedsbürgeransprüche Polens zugeführt werden konnte, setzte gerade hier die Kritik der Opposition ein.

Auf dem Gebiete der Zölle enthält der Vertrag nur die Zurechnung der Mitgliedsbürger, doch verpflichtet sich Litauen, die Ausfuhrzölle für un bearbeitetes Holz, allgemein gültig, um 50 v. H. herabzusetzen und vom Inkrafttreten des Vertrages an seine Ausfuhrzölle oder Abgaben auf gewisse tierische Erzeugnisse (Zophaxe, bearbeitete Borsten, Hörner, Knochen, Häute, Felle u. a.) zu erheben. Die Herabsetzung der Holzölle ist für Ostpreußens Holzhandel und -industrie von außerordentlicher Bedeutung. Dasselbe darf über die neuen Bestimmungen über den Schiffsverkehr und die fischerei auf der Memel sowie über die Bestimmungen der Sinnen schiffahrt und fischerei überhaupt, zumal der Durchfuhr von Holz dritter Staaten nach Deutschland, gesagt werden. In den Bestimmungen über den Schiffsverkehr ist die Inländerparität an die Stelle der Mitgliedsbürgerrechte getreten. Von größter Bedeutung ist schließlich die Regelung der Verkehrsstarke, nach denen auf den Eisenbahndurchgangsstrecken von und nach den östpreussischen Häfen. Litauischen Häfen keine ungünstigen Durchfuhrstarke zur Anwendung zu bringen sind, als für den Durchgangsverkehr von und nach den eigenen Häfen. Dadurch wurde vor allem verhindert, daß die alle Zubehörsätze des Hafens nach Königsberg nach Memel abgehoben wurde, das diesem Verkehr in keiner Weise geschaden wäre. Obwohl sich die Memelländer in diesem Punkte der litauischen Opposition anschlossen, konnten sie zu weit gehenden Wünschen nicht herabgesetzt werden. Alsdann kamen beide Parteien überein, die direkten Gütertarife zwischen Königsberg (Pillau) und den litauischen Stationen wie auch den jenseits Litauens gelegenen Stationen herabzusetzen. Die Frage der Ursprungszeugnisse wurde nach den deutschen Wünschen geregelt, die der Auswanderer beförderung und -anwerbung nach dem Grundbaue der Mitgliedsbürgerrechte. Die im Vertrage enthaltene Schiedsgerichtsklausel, die am 29. Januar v. J. in Berlin unterzeichnet worden war, ist auf fünf Jahre abgeschlossen und läuft automatisch weiter, falls die 6-Monats-Mündigkeit ausbleibt.

Der neue Vertrag besetzt eine allgemeine Vereinigung der zwischen Deutschland und Litauen entstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und man tut wohl nicht unrecht, wenn man sich der Hoffnung hingibt, daß er insofern die östpreussische Wirtschaft neue Perspektiven für einen gesunden Handelsverkehr mit Litauen eröffnet und diesen Verkehr hart beleben wird. Mög.

Nord Schleswigs Schulforderungen im deutschen Reichstag.

Die Ablehnung, die das dänische Unterrichtsministerium im Februar 1927 den vom „Deutschen Schulverein für Nord Schleswig“ vorgebrachten Schulforderungen erteilt hat, ließ die Frage keineswegs zur Ruhe kommen; vielmehr hat der Deutsche Schleswiger Verein, wie die politische Organisation der Deutschen in Dänemark genannt wird, Pater Schmidt-Wodder, die gleiche Forderung in form einer Gesetzesvorlage wiederholt, die er im dänischen Reichstag eingebracht und dort in einer längeren Rede am 19. Februar vertreten hat.

Die Vorlage ist von zwei Gesichtspunkten bestimmt:

1. daß das Schulwesen einer nationalen Minderheit von den eigenen Organen dieser Minderheit unter staatlicher Aufsicht verwaltet werden solle;
2. daß die wesentlichen Kosten dafür aus öffentlichen Mitteln getragen werden sollen.

Bei den öffentlichen Mitteln des Volksstaats fehlt das erste, während das zweite zutrifft; bei der deutschen Privatschule wiederum ist das erste bis zu einem Grade gesichert, während so gut wie alles für das zweite fehlt.

Diesen Mängeln soll nun auf folgende Weise abgeholfen werden:

1. dadurch, daß deutsche Schulkommissionen für deutsche, öffentliche und private, Schulen gebildet werden;
2. daß der Staatszuschuß zu den deutschen Privatschulen wesentlich erhöht wird;
3. außerdem soll die bisherige Schulordnung auf die höheren Schulen ausgedehnt oder die Möglichkeit für eine höhere deutsche Schule, private oder öffentliche, geschaffen werden;
4. die Ausbildung der Lehrer dürfte am besten auf deutschen Anfängen erfolgen, wobei nicht ausgeschlossen sein soll, daß die Lehrer auch in das dänische Schulwesen eingeführt werden;

Es muß nicht eine öffentliche deutsche Schule errichtet werden kann, sollen die Kinder das Recht haben, eine etwaige deutsche Schule der Nachbargemeinde zu besuchen.

Schmidt-Wodder wies in seiner Begründung auf die Durchführung der kulturellen Selbstverwaltung für die deutschen Minderheiten in Lettland und Estland hin. Auch die dänische Gesetzgebung zeige Anlässe zu einer Verwirklichung der Minderheitenrechte, wenn auch nur den Bewohnern Grönlands, der Färöer und Islands gegenüber. Dagegen glaube man merkwürdigerweise, den Deutschen denselben Wunsch verweigern zu müssen: Andererseits gebe die neue preussische Minderheiten-Schulordnung der dänischen Minderheit südlich der Grenze viel weitergehende Rechte in Fragen der Privatschulen und höheren Schulen, als der deutschen Minderheit in Dänemark zuzukommen.

Die Vorlage Schmidt-Wodders und seine Begründung zeigen deutlich die Mängel des deutschen Minderheitenschulwesens in Nord Schleswig, die hier höheren deutschen Schulen in den vier Städten des abgetrennten Gebiets sind reflex verschwunden. Aber auch selbst unter den öffentlichen Elementarschulen Nord Schleswigs gibt es keine einzige rein deutsche Schule, weder staatliche noch kommunale im Sinne der deutschen Minderheit, die deutsche Schulaufsicht, deutschen Lehrplan, deutsche Lehrkräfte, eine sogenannte deutsche Schulaufsicht beansprucht. Es gibt lediglich öffentliche dänische Staatschulen, etwa 30, mit deutschen Ängeln, d. h. auf dem dänischen Lehrplan nimmt die deutsche Sprache eine bevorzugte Stellung ein, während dänische Lehrer den Unterricht erteilen. Um die noch weniger verbliebenen deutschen Lehrer zu entfernen, hat man eine mehr als hundertjährige Verordnung, die das anordnet, herangezogen.

Der Unterrichtsminister Byzov wiederholte seine vor zwei Jahren dem Deutschen Schulverein gegenüber verteilte Ablehnung und erklärte sich vor bereit, im Anschluß einzelne Punkte zu erteilen. Seine Ablehnung suchte er u. a. mit dem Satz zu begründen, daß dänische Schulinder nicht schlechter gestellt werden dürften als deutsche, was der Fall würde, wenn die Vorlage Gesetz würde. Da die Forderungen Schmidt-Wodders ja nur das in Dänemark anstreben, was in Deutschland nach der neuen preussischen Minderheitenschulordnung bereits gilt, so gab damit der dänische Unterrichtsminister zu, daß die deutschen Schulinder in Dänemark schlechter gestellt wären als die dänischen Schulinder in Deutschland, daß damit also die angeblich liberale dänische Schulgesetzgebung verbesserungsfähig wäre.

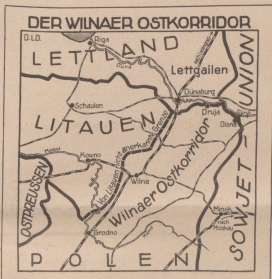
Die Debatte über die Vorlage zeigte, daß der Unterrichtsminister mit seiner schonen Ablehnung möglichst allem harm, während die Wortführer der Parteien doch recht viel Verständnis für den deutschen Vorschlag und auch ein gewisses Entgegenkommen bewiesen. Der konservative Wortführer Holger Andersen erklärte dem Augenblick für die Vorlage psychologisch am gewandt, weil die neue preussische Minderheitenverordnung eine Grundlage für die Forderungen gebe. Er trat dafür ein, daß alle Schulen der deutschen Minderheit Privatschulen sein sollten, und daß diese erhöhten Staatszuschuß erhielten, der sich dem südlich der Grenze bewilligten anpaße. (Jetzt zählt Dänemark für den deutschen Privatschüler 30 Kronen, Preußen 60 v. H. des Lehrergehalts, was für den einzelnen dänischen Schüler etwa 500 M. ergibt). Der führende Einzelminister Poulsen anerkannte namens der Radikalen die Berechtigung für eine günstigeren Stellung der deutschen Minderheit in Nord Schleswig und der Sozialdemokrat J. P. Nielsen nahm scharfe Stellung gegen den Unterrichtsminister: die dänischen Behörden setzen das Recht der deutschen Minderheit beiseite. Er halte es für die Pflicht des Staates, das gesamte Schulwesen auf diese zu regeln und damit die Privatschulen überflüssig zu machen. Die deutschen Kinder müßten die Möglichkeit haben, in ihrer Muttersprache

unterrichtet zu werden, aber auch die, an dänischen Universitäten und Lehranstalten zu studieren.

Die Ausfertigung zu statuieren. Die Ausfertigung besteht also, daß die deutschen Schulforderungen für Nordschleswig diesmal auf parlamentarischen Wege der Vermittlung einen Schritt näherkommen. Während die Verwaltungsinstanzen bisher nur abgelehnt haben, Das Verbleibt dafür liegt vor allem in Schulverhältnissen ungleicher abmindernder Taktik und in seinem persönlichen Urtheile, insofern als es ein einziger Abgeordneter seiner deutschen Partei die Mehrheit des Parlaments bis zu einem Grade für sich gewinnen konnte; dann aber ist auch die neue preussische Minderheitsrichtungsordnung noch erheblichem Ausschlag gewesen, da die Dänen nicht zu das Entgegenkommen dieser Verordnung möglich unkontrolliert lassen konnten. Gewiß werden auch die wohlwollendsten Beschlüsse des dänischen Reichstagsausschusses keine volle Erfüllung der deutschen Forderungen bringen, aber dieser Fall hat immerhin gezeigt, auf welchem Wege allmählich die zwischen Dänemark und seiner deutschen Minderheit bestehenden Unstimmigkeiten auszuheilen werden können.

Eine polnische Dünenfestung.

Als die im Jahr 1920 begonnene Offensive der unter dem Oberbefehl Marshall Pilsudski stehenden polnischen Truppen vor Kiew aufstach, und die Truppen der Sowjetregierung den bescheidenen juristisch fundierten Polen nachstießen, hielt man dieselben Polen für verloren. Doch die Kräfte der Sowjetregierung reichten für eine Zuspitzung ihres Erfolges nicht aus, und es geschah das „Wunder an der Weichsel“: die Rote Armee zerfiel, und der russisch-polnische Krieg endete mit einer derber verzweifelter Lage der Sowjetregierung, daß diese sich nach langwierigen Verhandlungen gezwungen sah, im Jahr 1921 in Luga einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. In dem für die Sowjetunion vorteilhaften Vertrag wurde festgelegt, in diesem Vertrag genau festgelegte polnisch-sowjetische Grenzlinie, die sich viele Kilometer südlich von der im Präliminarfrieden von



22. Oktober 1920 vorgezeichneten Liturgon-Grenzlinie hinzug, beginnt im Norden an der lettisch-litauischen Grenze, d. h. der alten Deutsch-Polen-Grenze zwischen den ehemaligen Gouvernements Wilna und Weichsel östlich des im Osten der lettisch-litauischen Gefäng Dünaburg gelegenen Ortes Digna und biegt hier nach Süden ab, zieht sich bis zu den Quellen des Memelflusses (Njemen) und erreicht schließlich in recht gerader Linie den Dnieprfluß nördlich von Tarnopol. Durch diese Grenzsetzung war Polen in den Besitz einer Strede des linken Ufers des Dnauflusses gelangt. Das rechte Ufer gegenüber ist lettisch-litauisches Gebiet; kurz vor Dünaburg wird auch das linke Ufer des Stromes lettisch-litauisch. Weithin von diesem von Polen neu erworbenen Sandbühl an der Dnau zieht sich nach Südwesten die problematische Grenze des Freistaats Estland, dem der polnische General Jellawski durch einen Gewaltstreich am 9. Oktober 1920 die alte litauische Hauptstadt Wilna mit dem gesamten um ehemaligen Gouvernements altes Litauens gehörenden

Gebiete entfallen. Am 15. März 1923 befestigte die Völkerversammlung die kurz zuvor vom Völkerverbund schlossene litauisch-polnische Demarkationslinie, aber Litauen hat diese Grenzziehung bis heute nicht anerkannt. Dieses polnische Gebiet, das sich wie ein Kett zwischen die Sowjetunion und Litauen schiebt und im Norden an Lettland grenzt, wird als östliches Gegenstück zum wehrgeographischen (Danziger) Korridor der polnische Ostkorridor genannt.

Während von polnischer Seite der Versuch gemacht wird, die Völkerverflechtung vom Danziger Korridor mit der Zlotowiezger Linie zu beenden, so wollen polnischen Staaten einen Zugang zum Meer offen zu lassen, läßt sich für die Völkerverflechtung vom Wiktorridor nicht einmal ein derartiges Argument anführen. Begründet wird die Annexion mit dem angeblich polnischen Charakter dieses Landstreifens; denn der im Wlunauer Gebiet gelegene reiche polnische Küstenaufienbesitz hätte einigen westlichen polnischen Magnaten die Herrschaft über eine oecumie, teils litauische, zumeist aber weißrussische Bauernbevölkerung verliehen; doch der Hauptzweck des schmalen Korridors war doch zweifellos die von Polen westlichen Freunden gewünschte Schaffung einer trennenden Barriere zwischen der Sowjetunion und Litauen bzw. Deutschland und die Beherrschung des Verkehrs zwischen Deutschland und Rußland über Litauen.

Eine Declaration der ostjapanischen Regierung, die dem Kaiserlichen Hofe in Tokio am 1. März 1895 überreicht wurde, enthält folgende Punkte:



Stromschnellen. Das die Flößer lebend, und eine in Schiffsahrt auf dem Fluße nur möglich sein würde, und in der Kalf-
teinhöhlen der Düna eine etwa 150 Kilometer lange Flöß-
gegnung würde, find die wirtschaftlichen Aussichten des hiesigen-
planes libras fragwürdig. Erstere zu nehmen wäre dagegen der
Von einer festungsanlage bei Dräja, denn sie würde Polen die Herr-
schaft über den Mittellapp der Düna in die Hand geben und von
dieser Länderecke aus einen strategischen Druck Polens auf Rußland,
Litauen und auch Kettland ermöglichen. Polen könnte hier die für
die lettlandische Holzbearbeitungsindustrie überaus wichtige Flößerei
des russischen Holzes nach Kettland unterbinden; es könnte von dieser
Festung aus auch die Bobolins Düna—Dünaburg—Moskau bedrohen;
des weiteren erbehalte es ein Zentrum für seine Einwanderung auf die
Kettlandische Provinz Kettland, für russische, katholischen Ketten bewohn-
lettlandische Provinz Kettland, für russische, katholischen Ketten bewohn-
Dünaburg-Drabno der für den russischen Eisenabbau sehr wichtige Stre-
cken aus wichtigen Bahnmagistralen Kettland (Petersburg—Wladimir)
ganz in die Hand Polens gelangt, und eine Festung Düra würde den
Schutz der polnischen Enklave dieser Strecke übernehmen können.
Schließlich würde die Festung den starken, im Ostkorditor unter-
geordneten polnischen Truppenmassen als Stützpunkt dienen.

In Ketland auf dessen idyllischen Gebirgszügen Polen wiederholt Ansprüche erhoben hat, errödet der von der „Epoche“ beauftragte Reporter Plan lebhaftes Bedauern. Desgleichen hat er in Ketland und in der Comenjection die Aussicht auf die Erleichterung eines polnischen Militärlebens Stillschens an der Dlna sehr vernehmlich geäußert, aber auch andere europäische Staaten müssen in diesem Plan ein neues bedeutendes Zeldien für das Anwachsen des polnischen Militarismus erklären.

Die Invalidenversicherung.

An keinem Versicherungszweige hängen soviel Wünsche und Erwartungen, wie an der Invalidenversicherung.

Versicherte verlangen leichtere Voraussetzungen im Erwerb der Renten oder längere Dauer beim Kinderzuschuß und der Waisenrente: Der Verlust von zwei Dritteln der Erwerbsfähigkeit oder Vörsendung des 63. Lebensjahres sei eine harte Voraussetzung, es genüge für die Invalidenrente die Einbuße der halben Arbeitskraft.

oder das Alter von 60 Jahren und für die Witwe der Tod des Er-nährers überhaupt ohne Nachweis der Erwerbsbeschränkung; Kinder-juchsfuß und Waisenrenten sollten nicht schon mit dem 13., sondern erst mit dem 18. Lebensjahre wogegen.

Das hätte die neue Versicherungsskizze und eine längere Kaufzeit der Renten im Gefolge. Gegen Annullität sind rund 18 Millionen Arbeiter versichert. Jetzt sind schon rund 2 Millionen Invalidenrenten, 465.000 Witwen- und Waisenrenten und 720.000 Waisenrenten im Laufe. Die Rentenzahl ist hoch, aber die natürliche Folge der seit 1. Januar 1891 bestehenden Invalidenversicherung und der Verluste im Kriege.

Erwartet werden ferner höhere Beileistungen. Die Invaliden-rente umfaßt Grundbetrag und Reidszuschuß als feste, Steigerungs-betrag und Kinderzuschuß als bewegliche Beileistende; der Kinderzuschuß beträgt 10 RM. im Monat. Die Invalidenrente ohne Kinderzuschuß ist im Reichsbuchschätz 35 RM., auf dem Lande 25 bis 27 RM. und in der Industrie 40 bis 45 RM. im Monat. Die Erhöhung beim Grundbetrag von 10 Millionen RM. auf 15 RM. im Monat erfordert die Jahresausgabe von 33 bis 35 Millionen RM.

Während die Angestelltenversicherung das ganze Gehalt ver-sichert und darüber hinaus noch eine freiwillige Führerversicherung zuläßt, berücksichtigt die Invalidenversicherung nur den Wochenlohn bis zum Höchstbetrage von 42 RM.; höhere Löhne werden weder für den Beitrag noch für den Steigerungsbetrag in Rechnung ge-stellt. Die Gewerkschaften verlangen in diesem Punkte die Gleich-stellung mit der Angestelltenversicherung und deshalb die Auf-losung neuer Lohn- und Beitragsklassen. Das brächte zunächst höhere Beiträge, später aber auch höhere Leistungen, weil ein fünfteil der Beiträge als Steigerungsbetrag in der Rente zurückerstattet wird. Im Jahre 1929 werden die Versicherungsansprüche für Renten, frei-willige Leistungen und Verrentung 80 Millionen RM. aufzuwenden müssen; dazu kommt noch der Reidszuschuß von 212 Millionen RM. zu den Renten aus der Invalidenversicherung und der Reichsbetrag von 164 Millionen RM. für Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Vor-inflationsezeit.

Zuf Grund der Erklärung, welche die Reichsregierung am 27. Februar 1929 über die wirtschaftliche Entwicklung und die reparationspolitische Belastung im Reichstage abgab, stellte der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages mit ganz überwiegender Mehrheit die Beratung der Entwürfe zur Invalidenversicherung bis auf weiteres ein. Die Reichsregierung hat nicht ausgeprochen, daß die Entwürfe auch in ihrem sachlichen Kerne unbedeutend seien, sie verneinte nur für jetzt die Erfüllungsmöglichkeit.

In der Öffentlichkeit herrschen hellenweise falsche Vorstellungen über das Vermögen der Versicherungssträger. Die Kranken-caffalen und Beaufschußungen sind erhebliche Mittel auf lang-fristige Kredite nicht vorhanden. Die Beiträge bringen im all-gemeinen nicht viel mehr ein, als zur Erfüllung der gesetzlich Auf-gaben jeweils notwendig ist. In der Invalidenversicherung sind noch für drei oder vier Jahre Überschüsse zu erwarten, die dann den fehlbetrag der darauffolgenden Jahre decken müssen. Dabei ist allerdings vorausgesetzt, daß sich der Arbeitsmarkt nicht wesentlich verschlechtert und daß nicht neue Leistungen ohne neue Beiträge den Versicherungsansprüchen auferlegt werden. Verhältnismäßig günstig ist der Vermögensstand in der Angestelltenversicherung, in der hauptsächlich wegen des festen Zuwachses an neuen Mitgliedern.

Der Verwaltung und Anlegung der Versicherungen wurde in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Bei der Verknüpfung der Versicherungen der Versicherungssträger der sozialpolitischen Diktatur. Die Versicherungssträger werden durch ihren Kassenbestand verringert und sich im Erwerb von Grundbesitz zurückhaltung auferlegen. Die freien Mittel können und sollen als Beitrag für die Bildung eines Geldvermögens aus inländischen Quellen dienen. Es ist erklärlich, daß dabei zunächst das örtliche Kredit-behörnis betont wird; dieses Bedürfnis darf aber nicht überhöht werden. Im Vordergrund steht das Kreditbedürfnis der Volks-wirtschaft im allgemeinen und des Haushalts des Reichs und der Länder. Notwendig ist aber auch die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau, des ländlichen Siedlungswesens und der landwirt-schaftlichen Meliorationen. Zwischen diesen konkurrierenden Be-derungen muß ein angemessener Ausgleich gefunden werden. Die Sozialversicherungen ist nicht bloß mit der Volkswirtschaft, sondern auch mit dem Reichshaushalt auf Gedeih und Verderb verbunden. Darauf werden die Versicherungssträger die Rücksicht nehmen müssen, die mit dem Versicherungswesen vereinbar ist. Wird dem Reich für das Jahr 1929 der oben bezeichnete Reichsbetrag von 164 Millionen RM. gegen Hinzugabe von Schatzamweisungen oder sonstigen Schuld-urkunden geschenkt, so ist das eine Maßnahme, welche die sozial-politischen Zwecke der Invalidenversicherung nicht beeinträchtigt, dem Reich aber die Abgeltung des Haushalts 1929 möglich macht. In Zeiten der Not waren es niemals die Länder oder Provinzen, sondern immer nur das Reich, das für die Träger der Invaliden-versicherung eingetreten ist, z. B. während der Inflation und dann auch noch im Jahre 1925.

Ministerialdirektor Dr. Grieser, Berlin.

Arabien als neues Unruhezentrum im nahen Orient.

Neben Afghanistan scheint sich namentlich in Arabien ein Un-ruhezentrum im nahen Orient zu bilden. Die Nachrichten, die aus dem Hebräa kommen, sind zwar zunächst noch unklar. Sie lassen aber keinen Zweifel darüber, daß in Innerarabien Unruhen gegen Ibn Saud ausgebrochen sind, die für diesen nicht unbedenklich sind, da sie gerade von solchen Stämmen ausgehen, die seinerzeit die Haupt-säulen Ibn Sauds bei der Aufrichtung seiner Herrschaft im Hebräa gewesen sind.

Der Grund dieser Unruhen dürfte wie in Afghanistan zunächst einmal in der Unzufriedenheit der Stämme mit den Reformen zu suchen sein, die Ibn Saud mit eiserner Faust in seinem Reich durchzuführen bestrebt ist. In dem Streben, aus diesem Reich einen geordneten Staat zu machen, diese Reformen haben zum Teil im Gegensatz zu der Lehre Abduls Wahabs, die die religiöse Grund-lage des Wahabitenismus bildet und alles auf schriftliche Befehle, was geeignet ist, gegen die Vorschriften Mohammeds zu verstoßen und den Menschen von der Befolgung dieser Vorschriften und den in ihnen verankerten religiösen Pflichten abzulernen. Daneben aber scheinen bei den Unruhen in Arabien auch tiefere Einsinne eine erhebliche Rolle zu spielen. Diese Einflüsse dürften in erster Linie wohl von den beiden herrschenden im Hebräa, König Hussein und dessen Sohn König Ali, ausgehen, die beide im Jahre 1925 von Ibn Saud gestürzt worden sind und seit dieser Zeit auf Cy-pern beziehungsweise in Bagdad in der Verbannung leben.

Beide waren nur darauf, den Königs-tum von Mekka und Medina wieder-besetzen zu können, und sie sehen eine günstige Gelegenheit hierzu gekommen durch die politische Spannung, die zwischen Ibn Saud, Irak und Transjordanien, dann aber, da diese beiden Länder englischem Mandat unterstehen, auch zwischen Ibn Saud und England besteht. Sie hat ihren Grund in Abständen Ibn Sauds, die darauf hinaus-laufen, arabischen Gebiete in dieser oder jener Form unter seiner Führung zu vereinigen.

Diese Absichten Ibn Sauds gefährden die Herrschaft der beiden Könige Faisal und Abdallah im Irak und in Transjordanien, mit denen Ibn Saud, da sie ebenfalls Söhne des früheren Königs Hussein sind, auch persönlich verknüpft ist. Sie bedrohen gleichzeitig damit aber auch eine der wichtigsten Grundlagen der englischen Machtpolitik im nahen Orient angeht der Rolle, die Arabien als Ganzes dank seiner geographischen Lage in dem englischen Ver-streben spielt, über Arabien hinweg die Landbrücke zu schlagen zwischen den englischen Besitzungen in Afrika und Indien, sowie angeht der Bedeutung, die die mesopotamischen Ölquellen für England haben. Die englische Politik hat ihnen deshalb zunächst durch Verhandlungen mit Ibn Saud entgegenzuwirken versucht und hiermit anfangs auch Erfolg gehabt. Das Ergebnis der Verhand-lungen war der bekannte Vertrag von Didda vom Sommer 1927, in dem sich Ibn Saud verpflichtete, gegen die englischen Mandats-gebiete Irak und Transjordanien und die unter englischem Pro-tectorat stehenden arabischen Fürstentümer an der Westküste des Persischen Golfs keine Angriffe zu unternehmen und die Regelung der Frage der Zugehörigkeit der Städte Maan und Akaba einem späteren Zeitpunkt zu überlassen, die König Hussein kurz vor seinem Sturz auf englischen Druck hin an Transjordanien abgetreten hatte, von Ibn Saud aber als frühere Beileistende des Hebräas zurück-gefordert werden. Dieser Vertrag wurde jedoch hinfällig, als der Irak, um den innerarabischen Stämmen den Zutritt zu den Wüsten-räumen am unteren Euphrat zu verweigern, entzogen einem im Dezember 1922 mit dem Hebräa abgeschlossenen Abkommen be-stimmte Stützpunkte an der Grenze gegen Innerarabien zu anlegte und als Antwort hierauf im Winter 1927/28 die verschiedenen Wahabiten-einfälle nach dem Irak und nach Transjordanien er-folgten. England verordnete es mit neuen Verhandlungen. Sie fanden im Mai und August vorigen Jahres in Didda statt, verliefen diesmal aber ergebnislos. Ibn Saud bestand auf Rückgabe der Gebiete von Maan und Akaba sowie auf Befestigung der Befesti-gungen, zumal diese den englischen Flieger- und Panzerwagen-abteilungen als Stützpunkte für Unternehmungen gegen die in den Irak eingedrungenen Wahabitenstämme gebietet hatten.



Diese politische Lage in Arabien wird noch komplizierter durch die Tatsache, daß sich in den letzten Tagen die Wohnabteufälle in den Irak wiederholt haben, dann aber vor allen Dingen durch die Regierungskrise im Irak. Sie hat ihren Grund in den Annäherungen der nationalpolitischen Bewegung im Irak und dem Bestreben derselben, sich aus der englischen Vormundhaftigkeit zu befreien. Dieses Bestreben zeigt sich in den verschiedenen Forderungen des Irak an den England, seien wesentlich auf die Aufnahme des Irak in den Dösterbund und die Zurückführung der im Lande befindlichen englischen Streitkräfte, zum mindesten aber deren Unterstellung unter irakisches Kommando hinauslaufen. England lehnt dies alles ab. Es macht dabei nicht mit Unrecht geltend, daß der Irak gar nicht in der Lage sei, die Verantwortung für seine Verfechtung zu übernehmen, und verlangt darüber hinaus seinerseits, daß der Irak sämtliche Kosten trage, die die Stationierung der englischen Streitkräfte und die englische Verwaltung in Mesopotamien England verursache. Da eine Einigung mit England nicht zu erreichen war, ist das Bagdad-Kabinett am 24. Januar zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte auf Druck der irakischen Nationalisten und hat, da sich diese weigern, die Regierung zu übernehmen, andererseits aber jede

Regierung ablehnen, die nicht ihren Forderungen Rechnung trage, im Irak zu einer ähnlichen Lage geführt wie seinerzeit in Ägypten. König, fessel hat den irakischen Gesandten in London, Döster Pasha, der als früherer Ministerpräsident bei der Errichtung des irakischen Staats eine bedeutende Rolle gespielt hat, nach Bagdad berufen. Es scheint sich mit dem Gedanken zu tragen, mit dessen Hilfe wie in Ägypten die Verfassung außer Kraft und an ihre Stelle die Diktatur zu setzen. Das aber wäre wiederum Wasser auf die Mühlen Ibn Sauds, der, wenn er auch bei seinen eigenen Wohnabten zu Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sich bei den Beibehaltung des Irak und Transjordanien zunehmend Beliebtheit erfreut und von diesen als Befreier Arabiens aus seiner jetzigen Fremdherrschaft angesehen wird.

Die politischen Verhältnisse in Arabien sind bisher nicht so sehr hervorgerufen wie die Unruhen in Afghanistan, weil sie von diesen überdeckt wurden. Das aber wird sich schon in allernächster Zeit vermutlich ändern, nachdem die Lage in Afghanistan eine Entwicklung genommen hat, mit der die englische Politik wohl zufrieden sein kann.

Hans Rohde.

Blick in die Bücher

Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Herausgegeben im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Felix Naphthali. Berlin 1928. Verlagsgesellschaft des A. D. G. B.

Dieses Buch ist im Auftrage der freien Gewerkschaften und im Sinne der Sozialdemokratischen Partei geschrieben; es stellt also das wirtschaftspolitische Bekenntnis einer politischen Gruppe dar und darf daher an dieser Stelle weder zuspitzend noch ablehnend, sondern nur berichtigend betrachtet werden. Es ist aber andererseits für Sozialisten und Nichtsozialisten gleich wichtig, die Anschauungen dieses Bundes, der mit seinen 7 Millionen Mitgliedern einen großen Teil der deutschen Arbeiter in sich schließt, kennenzulernen, da eine wahre Volksgemeinschaft, die wir in diesen Jahren bringen brauchen, nur auf einer intensiven Kenntnis der politischen Freunde und Gegner beruhen kann.

Der Anfang des Kampfes um die Wirtschaftsdemokratie ist die Erkenntnis, daß jede wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur dem persönlichen Interesse, sondern auch dem der Gesellschaft dient. Diese Erkenntnis ist weiter sozialistisch noch allzu neu. Schon vor dem Kriege waren Reich, Länder und Gemeinden die Konsequenzen dieses Satzes, als sie lebenswichtige Betriebe (Gas, Wasser, Verkehrsbetriebe) verstaatlichten. Der Sinn dieser Handlungen ist ja einfach. Solche lebensnotwendigen Betriebe müssen der Willkür einzelner Personen entzogen werden. Der Ausbruch dieser öffentlichen Wirtschaft ist ein Weg zur Wirtschaftsdemokratie. Die Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft (Reichs-Rohstoffrat u. a.), die Konsumgenossenschaften, die Reichsbetriebe (Banken u. a.) sind andere Wege. Denn ebenso wenig wie die Ziele der Wirtschaftsdemokratie ganz klar und eindeutig bestimmbar sind, ebenso wenig sind die Wege festgelegt und ausgefahren. Aber alle Wege sollen in das eine Ziel münden: Aufhebung des Besitzprivilegs.

Das außerordentlich gründliche und sachliche Buch bespricht außer dieser Hauptfrage noch die Stellung der Gewerkschaften im Staat, die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, des Bildungswesens und faßt zuletzt die Gegenwartsforderungen für die Wirtschaftsdemokratie zusammen. Es ist natürlich ein einheitliches Buch und macht auch nie ein Gefühl daraus; notwendig ist aber,

daß es auch von Nichtsozialisten gelesen und durchdacht wird, damit aus einer Gemeinschaftsarbeit aller Deutschen die neue Wirtschaft entsteht, die wir bitter nötig haben.

Östhalisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft. 160. Jahrgang 1929. Julius Perthes, Gotha. 796 S. Pr.: 24 M.

Dieses Nachschlagewerk ist wieder in seinem alten Gewande erschienen. Es gibt kein Staatswesen der Erde, über dessen politische Organisation, Ausdehnung und wirtschaftliche Bedeutung es nicht genaue Auskunft gibt. Nach einem festen Schema werden genaue Angaben über alle Gebiete des politischen Lebens der einzelnen Staaten gemacht: Verfassung, Regierung, Behörden, diplomatische Corps und Vertretungen, politischer Machtbereich, Fläche und Bevölkerung, öffentlicher Haushalt, Erzeugung, Handel, Verkehr, Steuer. Dazu kommen noch die außerordentlich verdienstlichen Angaben über den Völkerverbund und die verschiedenen zwischenstaatlichen Korporationen und Ausschüsse, die in der modernen Politik eine Rolle spielen. Man muß hüten und geradezu besorgt haben vor der geistigen Leistung, die in diesem vorbildlichen Werke steckt. Mag eine Frage gestellt werden, nach irgendeiner diplomatischen Vertretung z. B. in Warschau, nach der Zusammenfassung des Kardinals-Kollegiums, nach dem Handel von Haiti und seiner Zusammenfassung im einzelnen, nach der Nationalhymne der Japaner, nach der Nationalitäten-Verteilung in Lettland, nach den Ordensauszeichnungen Perliens, nach den deutschen Zeitungen in der Republik der Wolgaden, — jede dieser Fragen, ja jede beliebige Auskunft über Tatsachen des politischen Lebens der Staaten der Erde wird hier erteilt.

Das Jahrbuch ist und bleibt ein Konversationslexikon der internationalen Staatspolitik im Formate. Wir möchten ihm eine immer weitere Verbreitung wünschen sowohl in den Verwaltungen wie bei den Behörden, den wirtschaftlichen Büros der Einzelstaaten wie der großen Verbände. Dort überall gehört es zum täglichen Handwerkszeug. Dies vorbildliche deutsche Unternehmen verdient auch aus nationalen Gründen nachdrückliche Unterstützung durch weitest Verbreitung.

Zum Tode Wilhelm von Bodes.

Die Gestalt Wilhelm von Bodes, des Generaldirektors der Berliner staatlichen Museen, war schon bei seinen Lebzeiten von kognenden umwoben wie die Gestalt irgendeines Großen vergangener Jahrhunderte. Unzählige Geschichten gingen über ihn um, Geschichten von seiner Klingheit, seiner Selbstherrlichkeit, seinem überlegenen Will, von seinem Temperament in seiner Arbeit, seinem Beruf, seinem Wirken für seine Museen. Die ganze Welt lag in diesem großen schlanken Mann mit dem niederländischen blonden, glatt zurückgeschwungenen Haar, dem bis fast zuletzt noch blonden Schwarzbart und den feinen, hellen Augen hinter den Brillengläsern den ungekrönten König nicht nur seiner Sammlungen, sondern des ganzen ungeheuren Bereichs der Kunst, des Kunsthandels, der Kunstgeschichte.

Wilhelm von Bode: das war nicht nur ein großer Kunsthistoriker und Museumschef; das war ein Mann von solchem Format, daß er allein als Mann, als menschliche Erscheinung, nicht

bloß durch seine Leistung, seine gelebte und organisatorische Tätigkeit die Welt hypnotisierte. Sie umgab ihn mit kognenden wie einen König oder einen großen Künstler; sie stellte ihn auf einen Platz ganz für sich, und zwar die fremde Welt draußen genau so wie die deutsche. Mit Bode hat die gesamte europäische und angereichertere Welt, die sich mit aller Kunst, ihrem Sammeln, ihrem Erkennen und Bestimmen abgibt, ihre weltliche Führergestalt verloren.

Man hat von Bode wohl gesagt, daß er so recht der Museumsdirektor der wilhelminischen Zeit gewesen wäre. Richtiger ist zu sagen, daß er der rechte Führer der Berliner Museen in eben jener Zeit gewesen ist, die zum ersten und zugleich zum letztenmal die Möglichkeit bot, die Berliner Sammlungen aus ihrer gewöhnlichen Stille herauszuheben, den alten großen Galerien im Reich abzuhelfen und ihnen darüber hinaus eine führende Stellung im Reigen der europäischen und angereicherteren Museen zu sichern. Wilhelm von Bode hatte das unererbte Glück, als Beamter nicht

nur die ihm gemäße Stelle, sondern, was vielleicht noch viel wichtiger ist, die ihm gemäße Zeit zu finden. Er muß selbst irgendwo in sich ein Gefühl dafür gehabt haben; die selbstverständliche Sicherheit, mit der er eigentlich von Anfang an seinen Weg gegangen ist, der absolute Glaube an sein Recht und seine Überlegenheit sprechen dafür. Und ebenso spricht dafür die Bescheidenheit, mit der dieser Mann Zeit seines Lebens für die ihm unterstellten Sammlungen gearbeitet, zusammengebracht, gewirkt hat. Es war, als ob er das Gefühl hatte, daß er allein, allein in diesen Jahren, in die sein Leben fiel, noch imstande war, die Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, zu lösen, das große Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen und die Europäisierung der alten preussischen Sammlungen zu vollbringen. Die Jahre des aufsteigenden Kaiserreiches, die ersten Jahrzehnte, in denen in Deutschland seit Jahrhunderten wieder einmal so etwas wie Reichtum zu wachsen begann und Bodes fruchtbarste Jahre fielen zusammen; es war als ob dieses glückhafte Schicksal empfand, als ob er ahnte, daß er der letzte war, der erste und der letzte, dem diese zuteil wurde, und nun mit all seiner Vitalität, mit all seinem Elan, seinem Hellen, kühlen Geist an das Werk heranging.

Wie groß die Leistung, wie gewaltig dieses Werk im Lauf der mehr als vier Jahrzehnte, die Bode an den Berliner Museen wirkte, gemorden ist, übersehen heute die wenigsten. Das Schicksal forderte den Tribut von ihm, daß es ihn die Vollendung seines zweiten größeren Museumsbaues, des Deutschen Museums, nicht mehr erleben ließ. Es liegt kein Grund vor, deswegen von Tragik in seinem Leben zu sprechen. Wer sozial leisten, sozial Erfolg, sozial Anerkennung und Würden mit heimbringen konnte und wer überdies der Welt und dem Leben so überlegen gegenüberstand wie Wilhelm von Bode, für den paßt der Begriff Tragik schlecht. Es ist aber Tatsache, daß, wenn man von den Eingeweihten absieht, den ganzen Umfang der Arbeit, die teils er selbst geleistet hat, und die teils unter seiner Führung von anderen geleistet worden ist, heute nie-

mand recht abzuschätzen vermag. Es würde ein großes Ersäunen geben, wenn allein das Kaiser-Friedrich-Museum einmal, wie man vorgeschlagen hätte, all die Werte in einigen Sälen zur Aufstellung vorzulegen würde, die unter Bodes Herrschaft dort hin gekommen sind. Genau so würde es in den Sammlungen des Deutschen Museums bei den christlichen Altarmen gehen, bei denen der Doktor Wilhelm Bode einst seine Kaufbahn bei den Berliner Museen begann, bevor man ihm die Gemäldegalerie in die Hand gab. Und als drittes käme das Ägyptische Museum hinzu, das er für kein Leben gern draußen in Dahlem geschaffen hätte, wo Bruno Pauls

Museumbau heute als trauriger Torso steht, während die Schätze, die dort ihre Aufstellung finden sollten, zum großen Teil noch in Kisten und Kästen der Aufreicherung warten.

Die ganze Berliner Museen haben, solange Bode ihr Generaldirektor war, große Zeit gehabt. Sie sind alle über ihre alten Grenzen hinausgewachsen und haben Dimensionen angenommen, die ihre heutigen Formen eigentlich weit überschreiten. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß heute kaum einer, der nicht vom Bau ist, eine Vorstellung von dem hat, was die Berliner Museen eigentlich befielen und was sie während Bodes Herrschaft zusammengebracht haben. Vom Pergamon-Altar bis zu den Schätzen des Völkerkundemuseums, von den ophiatischen Kohlbarketen bis zu den alten deutschen Pfaffen sind ungeheure Reichtümer heute unzugänglich, weil der Platz für sie fehlt, weil die alten Räume überquellten, neue teils noch nicht fertig, teils nicht beschaffbar sind. Wilhelm von Bode hat seinen Erben ein Reich hinterlassen, an dessen Aufbau und Ordnung nicht bloß die nächste Generation zu tun haben wird. Er hätte es sicher gerne noch selber aufgebaut und daneben noch mehr Material für ein paar neue Reiche hinzugeordnet; er konnte sich mit dem Bewußtsein zur Ruhe legen, sozial zu hinterlassen, daß später Kommende das kaum als Ergebnis nur eines Lebens ansehen werden. Paul Jechter.



Berliner Illustrations-Gesellschaft m. b. H.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein technisches Wunder!

Jedermann kann, auch ohne Notenkenntnis, mit Spielapparat (mit 30 Akkorden), sofort vierstimmiges Harmonium spielen. Das Harmonium ist das für gute Hausmusik geeignete Instrument und jedem erwünschlich. Preis, sowie gebrauchte Harmoniums in jeder Preislage. Auf Wunsch bequeme Ratenzahlung. Wir betreiben unsere Zentrale auf die Anzeige der bekannten Zeitschrift Harmoniumhaus Berlin, Züligstraße 68, in heutiger Nummer.

*Leinwand
gemalt
Wohn- und
Küchen-Verkleidung!*

In sechs Fabrikgebäuden ca. 800 Zimmer, 200 Küchen, zahllose Einzelmöbel, moderne Muster, gediegene Qualität, alle Preislagen.

- Paterre: Kleinmöbel, Flurgeradenben
- Zwischenstock: Klubseck, Polstermöbel
- I. Stockwerk: Wohn-Zimmer-Einrichtungen
- II. Stockwerk: Speise-Zimmer-Einrichtungen
- III. Stockwerk: Herren-Zimmer-Einrichtungen
- IV. Stockwerk: Schlaf-Zimmer-Einrichtungen
- V. Stockwerk: Küchen-Einrichtungen
- Tiefgeschoß: Gelegenheitskäufe

Fahrräder

Zwanglose Besichtigung — wie im Warenhaus.
Größtmögliche Beratung — ohne Kaufverpflichtung.
Großes Musterbuch gern gratis. 5% Sonder-Rabatt

Höffner
Veteranenstraße 12/13 H
(Verlängerte Invalidenstr.)

Wochen voll Sonne und voller Erlebnis

Auf der

MITTELMEERFAHRT

des M.-S. „MONTE CERVANTES“

sehen Sie

Italien, Spanien

WELTAUSSTELLUNG

Barcelona,

Algier, Marokko

FAHRPREIS VON RM. **240** AN

25. Mai ab Genua über Barcelona, Mallorca, Algier, Ceuta, Tetuan, Cádiz, Sevilla, Lissabon, Vigo, 10. Juni in Hamburg

KOSTENLOSE AUSKUNFT UND DRUCKSACHEN DURCH DIE

HAMBURG-SUDAMERIKANISCHE

DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT

HAMBURG 8. HOLZBRÜCKE 8

sowie durch die bekannten
Vertretungen u. Reisebüros.

